

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2013



Wahlprüfsteine

Die Tragödie von Workuta

Berliner Mauer in der Literatur

Aktuell

- 3 Soziale Lage der Opfer verbessern
Sanierung
Kommentar
Bundestag fordert mehr Aufarbeitung
Dokumentiert

Recht

- 4 Fragen und Antworten.
Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

Geschichte

- 7 „Schieß doch, Tschekist!“

13. August 1961

- 9 Die Berliner Mauer und die Literatur

International

- 11 Nord-Korea: Verfolgung bis ins dritte Glied

Berichte

- 13 Namenstag
„...dann treffen wir uns auf der Wartburg!“
- 14 Resolution
- 15 Verweigerte Anerkennung
Neue Diagnosekriterien

Verbände

- 16 IG Mühlberg
IG Jamlitz
IG Buchenwald
Der Osten im Westen
- 17 Suchanzeigen
Leserbrief

Service/Bücher

- 18 Der Freiheit beraubt
Unter drei Diktaturen
- 19 MfS-Untersuchungshaft
Richtigstellung

Service/Veranstaltungen

- 18–19

Umschlagbild:

16. Juni 2013 vor dem Bundesfinanzministerium in Berlin: Zeitzeuge Klaus Gronau enthüllt die Tafel mit dem neuen Namen des Platzes – „Platz des Volksaufstandes von 1953“ (S. 13).

Foto: Willi Wuff

Ein Gebot der Humanität

Von Rainer Wagner

Als Joachim Gauck das Amt des Bundespräsidenten übernahm, machte er deutlich, daß der Begriff „Freiheit“ seine Amtszeit prägen wird. Daß zu einem klaren Freiheitsbekenntnis Mut gehört, wissen viele von uns, die dieses Bekenntnis in Zeiten des realen Sozialismus der DDR mit Zuchthaus, Repression und Ächtung bezahlen mußten. Heute werden zwar in vielen Sonntagsreden der Parteien Freiheit und Demokratie allgemein hochgepriesen, eindeutige Worte sind aber selten. Nimmt man doch auf Interessen der Wirtschaft oder der weltweiten Machtverteilung mehr Rücksicht als auf Ethik und Moral. Auch sitzen nicht wenige Protagonisten und Mitläufer des SED-Systems an den Schaltstellen politischer und wirtschaftlicher Macht sowie in den Redaktionen der Medien, ganz zu schweigen von unbelehrbaren West-68ern, die heute noch die DDR als den besseren deutschen Staat oder wenigstens als großartiges humanistisches Experiment betrachten.

Da hob sich der Bundespräsident wohl-tuend ab, als er in der Feierstunde des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestag des DDR-Volksaufstands Irrtümer des Establishments und unangenehme Wahrheiten beim Namen nannte: „Ich bekenne ausdrücklich, daß es eine Zeit gab, in der auch ich – wie viele bürgerliche und liberale Intellektuelle in den 50er Jahren ... – den Antikommunismus für die Grundtorheit der Epoche hielt... Aber wer nicht erkannte, daß es einen Antikommunismus gab und gibt, der entstanden ist aus Leid, aus millionenfachem Tod..., der hat das 20. Jahrhundert nicht verstanden. Für mich und unzählige Menschen in Mittel- und Osteuropa ist dieser aufgeklärte Antikommunismus... ein Gebot der Humanität.“

Aufgeklärter Antikommunismus ist nicht fanatischer Haß gegen irreführende Menschen und die Bürger kommunistischer Staaten. Mit anderen Worten: Nicht der menschenhassende Antikommunismus rechtsextremer Brüllaffen, sondern der Antikommunismus, der das System der roten Weltbeglucker durchschaut hat, ist humanistisch. Das kommunistische Gedankenkonstrukt war von Anfang an zutiefst inhuman. Wenn Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ noch halb-

poetisch frohlockte: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus“, so ließ sein Sponsor Friedrich Engels schnell die Maske fallen, als er den Weg zum Kommunismus mit den Worten verdeutlichte: „Enteignung und Vernichtung der Bourgeoisie“. Dieser boshafte Ansatz der kommunistischen Theoretiker wurde im 20. Jahrhundert grausame Wirklichkeit und unterjocht noch heute große Teile der Welt. Seit Lenin erlebte unser Planet das blutigste Experiment der Weltgeschichte. Mehr als 100 Millionen Ermordete markieren den Weg der Kommunisten. Die Zahl derer, die durch Sklavenarbeit ausgebeutet, deren Gesundheit durch Verfolgung und Zersetzung zerstört und deren Leben in den Dreck getreten wurde, ist nicht einmal ansatzweise zu schätzen. Geistig knebelten die Kommunisten zeitweise die halbe Menschheit. Lenin, Stalin, Mao und Pol Pot sind nur einige Namen der politischen Verbrecher, die von irdischen Gerichten leider nie zur Rechenschaft gezogen wurden.

Mancher will uns einreden, das wäre ja alles Vergangenheit, wir sollten nach vorn blicken. Als am 18. Juni in Berlin auf dem Kongreß zur Lage der Menschenrechte in Nord-Korea Zeugen des kommunistischen Terrors berichteten, wurde die brutale Realität des Kommunismus erneut entlarvt. Verfolgung und Erniedrigung, wie wir sie in Europa seit Stalins Tod kaum mehr kannten, stehen noch immer auf der kommunistischen Agenda. Die Insassen der Lager in Nord-Korea erleben täglich Erschießungen, Vergewaltigungen, Zwangsarbeit, Folter und Sippenhaft.

Und hier will man uns belehren, daß dies ja nichts mit wirklichem Kommunismus zu tun habe. Dabei rechtfertigten doch all die Mörder – ob Stalin, Enver Hodscha, Mao oder Kim – ihre Taten mit kommunistischer Ideologie. Honecker sprach nach dem Zusammenbruch seines Unrechtsstaates unter Verweis auf Nord-Korea, China und Kuba von der Zukunft des Kommunismus in der Welt. Wer dies nicht wahrhaben will, gleicht den drei berühmten Affen, die Ohren, Mund und Augen zuhalten, um die Wirklichkeit auszublenzen. Ich wünsche Joachim Gauck auch weiter den Mut, die Wahrheit zu sagen. 

Soziale Lage

Zur Gedenkstunde des Bundestages anläßlich des 60. Jahrestages des Volksaufstandes 1953 äußerte sich der UOKG-Vorsitzende, Rainer Wagner: „Die Rede des Bundespräsidenten war dem Anlaß angemessen. Wir teilen uneingeschränkt den Wunsch des Bundespräsidenten, dem Tag des Volksaufstandes einen würdigen Platz im kollektiven Gedächtnis zu verschaffen... Doch jenseits der offiziellen

Gedenkkultur muß dringend die soziale Lage der Opfer verbessert werden. Jene Anerkennung, welche den Opfern in Festtagsreden zuteil wird, spiegelt sich nicht im Alltag der Opfer wider. So müssen die Ausgleichs- und Entschädigungsleistungen häufig gegen den Widerstand von Behörden und Gerichten erkämpft werden. Dann reichen die Leistungen bei weitem nicht aus, um den zerstörten Biographien eine tragfähige Existenzgrundlage zu verschaffen.“

Bundestag fordert mehr Aufarbeitung

(hsh) Der Deutsche Bundestag beschloß am 28. Juni, die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu verstärken. In einer Entschließung forderten die Abgeordneten die Bundesregierung auf, die bisherigen Maßnahmen auf diesem Gebiet konsequent fortzuführen. „Die Aufarbeitung bedarf nicht nur des Erhalts des Bestehenden, sondern lebt vielmehr von einem ständigen Wandel. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger besitzen aufgrund ihres jungen Alters keine eigenen Erfahrungen mit der deutschen Teilung mehr“, heißt es in dem Beschluß (DS 17/13698).

Die Abgeordneten begrüßten, daß die Bundesregierung mit einem eigenen Bericht erstmals eine Bestandsaufnahme aller Maßnahmen zur DDR-Aufarbeitung vorgelegt habe. Sie forderten die Regierung unter anderem auf, die Arbeit des Koordinierenden Zeitzeugenbüros bei der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen weiter zu unterstützen. „Die Vermittlung von Zeitzeugen ist ein wichtiges Instrument der politischen Bildung, da sie Unrecht und Verfolgung konkret und anschaulich machen.“ Die Abgeordneten sprachen sich auch dafür aus, die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft sowie eine Erhöhung der SED-Opferrente zu prüfen. Darüber hinaus beschloß der Bundestag, daß der 23. August entsprechend einer Entschließung des EU-Parlaments als Europäischer Tag der Erinnerung an die Opfer des Totalitarismus begangen wird.

Sanierung

(oz) Das ehemalige Rostocker Stasi-Gefängnis kann saniert werden. Wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Eckhardt Rehberg am 6. Juni berichtete, hat der Haushaltsausschuß des Bundestages dafür 1,8 Millionen Euro bereitgestellt. In dem Gebäude in der Rostocker Innen-

stadt ist das Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen untergebracht. Der Verfall der historischen Stätte könne nun verhindert werden. Das Schweriner Finanzministerium habe finanzielle Hilfe in gleicher Höhe in Aussicht gestellt. Diese Landesmittel müßten in den Doppelhaushalt 2014/15 eingestellt werden.

Kommentar

Der Unterschied

Bei einer Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus hat Günther Grass die Bundeskanzlerin Angela Merkel wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zur FDJ (Freie Deutsche Jugend der DDR) kritisiert – gerade jener Mann, der seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS jahrzehntelang verschwiegen, um sich ungeniert in jeden Wahlkampf einzumischen zu können. Nun kann man die Waffen-SS nicht mit der FDJ vergleichen. Die SS verstand sich als Elite-Orden, während die FDJ eine blasse Organisation war, der die meisten angehörten, um nicht unangenehm aufzufallen, um sozusagen ihren gesellschaftlichen Minimalanforderungen zu genügen. Und

Angela Merkel hat ihre Mitgliedschaft nie verschwiegen – im Gegensatz zu Grass. Man kann auch Herrn Grass nicht vorwerfen, daß er sich mit 17 Jahren für die Waffen-SS werben ließ, aber daß er erst im Alter den Mut hatte, dies zuzugeben, das muß man jemandem vorwerfen, der sich immer als moralische Institution aufgespielt hat. Hierin besteht der wesentliche Unterschied.

Die in der Jugend begangenen Fehler beider spielen heute keine Rolle mehr, sie taugen schon gar nicht für den Wahlkampf. Vielmehr ist zu fragen, was beide für die Lösung der gegenwärtigen Aufgaben in Deutschland beizutragen haben.

Hans-Peter Schudt

Dokumentiert

Unangemeldet

Nach dem Aufmarsch uniformierter ehemaliger Angehöriger der NVA und des MfS der DDR am 9. Mai 2013 am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin protestierte die UOKG in einem Brief an Innensenator Frank Henkel. Im Auftrag des Senators antwortete Dr. Sabine Häfele am 5. Juni 2013.

[...] Bei dieser Veranstaltung handelte es sich um eine Versammlung im Sinne des Art. 8 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) und des § 1 Abs. 1 des Versammlungsgesetzes des Bundes (VersG). Sie ist bei der Versammlungsbehörde entgegen § 14 VersG nicht angemeldet worden, die Polizei hat erst auf Grund eines Pressehinweises von ihr erfahren und konnte trotz unverzüglichen Eintreffens vor Ort dort keine Versammlungsteilnehmenden mehr feststellen. Die nachträglichen Feststellungen haben Anhaltspunkte für Verstöße gegen das Versammlungs- und Waffengesetz ergeben, so daß entsprechende Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, deren Ergebnis abzuwarten bleibt.

Der Bereich des Sowjetischen Ehrenmals wird selbstverständlich künftig an diesem Tag ein besonderes Augenmerk durch die Streifenfähigkeit der Polizei erfahren. Sofern Rechtsverstöße zu befürchten sind, bekannt oder festgestellt werden, wird die Polizei alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um sie zu unterbinden. Auch die Versammlungsbehörde wird bei Anmeldung entsprechender Veranstaltungen sorgfältig prüfen, ob dem Veranstalter versammlungsrechtliche Beschränkungen aufzuerlegen sind und gegebenenfalls welche.

Das Strafgesetzbuch stellt bisher nur das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter Strafe (§ 86a StGB). Herr Senator Henkel wird sich daher auf Bundesebene dafür einsetzen, daß auch das Tragen von Symbolen der ehemaligen DDR verboten wird. Einen entsprechenden Beschluß hat auch die Berliner CDU auf ihrem jüngsten Landesparteitag gefaßt. [...]

Fragen und Antworten

Die Wahlprüfsteine der UOKG 2013 und die Reaktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und SPD

Teil 1



Fragen der UOKG

I. Rehabilitierung und Entschädigung

1. Inwieweit läßt sich die Situation jener Opfergruppen, die weder in Haft, noch in ihrem Beruf beeinträchtigt waren, verbessern?

2. Haben Sie vor, bei dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz Verbesserungen auf der Rechtsfolgenseite, z.B. Geldzahlungen, Ausgleichsleistungen etc., zu beschließen?

3. Wie gedenken Sie, die Situation der verfolgten Schüler zu verbessern?

4. a) Wie können Beweiserleichterungen bei dem Verfahren zur Anerkennung verfolgungs- und haftbedingter Gesundheitsschäden geregelt werden? Wie stehen Sie diesbezüglich zu dem Vorschlag einer Beweislastumkehr?

b) Das Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz ist in allen Instanzen kostenfrei. Warum gilt dies nicht für das Verwaltungsrechtliche und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz?

c) Inwieweit kann die Durchführung einer mündlichen Verhandlung im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gesetzlich verankert werden, damit die Antragssteller ihr Anliegen direkt vorbringen können? Sehen Sie hier Handlungsbedarf?

5. Was kann der Gesetzgeber tun, um sicherzustellen, daß Begutachtungen von Betroffenen immer von besonders geschulten Gutachtern durchgeführt werden? Können Sie sich vorstellen, die wirtschaftlichen Bedürftigkeitsklauseln als Voraussetzung für Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen aus den Gesetzen zu streichen?

7. Gedenken Sie, Mindestanforderungen an die Verfolgungszeit als Voraussetzung für Folgeleistungen aus den Gesetzen zu

streichen? Halten Sie eine Staffelung der Leistungen je nach Verfolgungszeit für angebracht?

8. Gedenken Sie, die Leistungen nach dem Strafrechtlichen und dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz zu erhöhen?

II. Bis heute fortwirkendes Unrecht

1. Kommt es für Sie in Frage, den Status quo ante in der Rentenberechnung für ehemalige DDR-Übersiedler wiederherzustellen?

2. Was gedenken Sie für die Opfer der sogenannten Bodenreform zu tun?

III. Die öffentliche Wahrnehmung und Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft

1. Wie stehen Sie zu dem Vorhaben, ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zu errichten? Welchen Beitrag können Sie hierzu leisten?

2. Welchen Beitrag können Sie leisten, damit das Leid der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft besser gewürdigt werden kann?

3. Welchen Beitrag können Sie leisten, damit Vertreter von Opferverbänden besser in Entscheidungsgremien einbezogen werden, die mit der Thematik der DDR-Aufarbeitung befaßt sind?

4. Wie kann die Geschichte der DDR und des Kommunismus im allgemeinen zukünftig besser in staatlichen Bildungseinrichtungen vermittelt werden?

5. Sind Sie dafür, das Zeigen totalitärer Symbole aus der Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Öffentlichkeit zu verbieten?

IV. Die Sicherung der Existenz von Institutionen der DDR-Aufarbeitung

1. Was können Sie tun, um die Unabhängigkeit und die Arbeitsfähigkeit des Dachverbandes der SED-Opfer und ande-

rer Opferverbände zukünftig sicherzustellen? Inwieweit ist hier eine institutionelle Förderung durch den Bund denkbar?

2. Wie kann die Arbeit der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge zukünftig dauerhaft gesichert werden?

3. Wie sehen Sie die Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen über das Jahr 2019 hinaus? Was halten Sie von dem von Roland Jahn vorgeschlagenen "Campus der Demokratie"?

4. Befürworten Sie die Einsetzung einer Enquete-Kommission des Bundestages?

(Die Fragen wurden hier verkürzt wieder gegeben.)



Antworten von Bündnis 90/Die Grünen

I. Rehabilitierung und Entschädigung

Zu 1. und 2.: Nicht hinnehmbar ist, daß zahlreiche Opfer politischer Verfolgung noch immer gar keine oder nur eine unzureichende Unterstützung erhalten, obwohl berufliche, körperliche oder psychische Folgen unter Umständen schwerwiegender sind als bei Haftopfern. Wir fordern daher immer wieder, daß auch verfolgte Schülerinnen und Schüler, Opfer von Zersetzungsmaßnahmen durch die Stasi, zur Zwangsarbeit deportierte Zivilpersonen, aus dem Grenzgebiet Zwangsausgesiedelte oder außerhalb der DDR Verfolgte in das Entschädigungssystem der strafrechtlichen Rehabilitierung aufgenommen werden. Justiziable Kriterien für eine Beweiserleichterung sind schwer denkbar, aber der Zeitraum ab der Stellung eines Ausreiseantrags, in dem Ausreisewillige häufig einer besonderen Schikane ausgesetzt waren, könnte im Rahmen eines Rehabilitierungsanspruchs berücksichtigt werden.

Zu 3.: Wie bereits dargestellt, wollen wir verfolgte Schüler in das System der strafrechtlichen Rehabilitierung aufnehmen.

§ 60 BAföG sieht einen Ausgleich für Folgen eines verfolgungsbedingten Ausschlusses vom Zugang zu einer Ausbildung vor. Politisch Verfolgte können, wenn sie aus politischen Gründen in der DDR keine Ausbildung absolvieren konnten, auf Antrag die Rückzahlung der als Darlehen geleisteten Ausbildungsförderung erlassen bekommen, sofern vor dem 3. Oktober 1990 eine Verfolgungszeit von insgesamt mehr als drei Jahren vorlag, die Ausbildung vor dem 1. Januar 2003 begonnen wurde und die Ausbildungsförderung nach der Einführung des BAföG in den ostdeutschen Ländern zum 1. Januar 1991 gewährt wurde. Für eine Ausweitung der Regelung sehen wir keinen Anlaß, da es sich nicht um ein Instrument der finanziellen Entschädigung handelt, sondern eine Ausbildung ermöglicht werden sollte. Dieses Ziel hängt nicht von der Frage der Rückzahlung des Darlehens ab.

Zu 4.a): Die Beweispflicht für Gesundheitsschäden stellt eine teilweise fast unmögliche Aufgabe dar. Wir fordern daher eine gesetzliche Vermutungsregelung, um die Feststellung der Kausalität von Haftfolgen für Gesundheitsschäden zu erleichtern.

Zu 4.b): Die strafrechtliche Rehabilitation folgt der Logik des strafrechtlichen Verfahrens. Hiermit ist der oder die Betroffene von Staatswegen konfrontiert. Die beiden anderen Verfahrensarten folgen hingegen der verwaltungsrechtlichen Logik, der BürgerInnen sich nicht zwangsläufig aussetzen müssen. Bereits dies läßt eine Ungleichbehandlung nicht willkürlich erscheinen. Entscheidend ist aber, daß in der verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitation nur bei „offensichtlicher Unbegründetheit“ die Kosten auferlegt werden können und für den Fall eines Gerichtsverfahrens Prozeßkostenhilfe in Anspruch genommen werden kann, so daß hier insgesamt kein Änderungsbedarf erkennbar ist.

Zu 4.c): Nach der Gesetzesbegründung zu § 11 des 1. SED-UnBerG dient der grundsätzliche Verzicht auf die mündliche Verhandlung der Beschleunigung des Verfahrens und der Möglichkeit einer raschen Hilfestellung. Da das Gericht eine mündliche Verhandlung bei Bedarf anordnen kann und in dieser Legislaturperiode keine Probleme mit der bestehenden Regelung an uns herangetragen werden, sehen wir keinen dringenden Handlungsbedarf für den Gesetzgeber.

Zu 5.: Wir fordern den Einsatz speziell geschulter Gutachter. Bedürftigkeitsklauseln lehnen wir grundsätzlich ab, sie sind belastend und entwürdigend für die Opfer des SED-Unrechtsregimes.

Zu 7.: Gerade kürzere Haftdauern wurden zur Einschüchterung und psychischen Destabilisierung verwendet. Häufig waren gerade erste Wochen und Monate der Inhaftierung besonders brutal, um den Willen der Inhaftierten zu brechen. Zumindest anteilig sollten Verfolgte mit Haftzeiten von unter 180 Tagen daher eine Zuwendung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz erhalten. Ansonsten lehnen wir eine Staffelung der Leistung ab, da nicht allein die Dauer der Verfolgung für das Leid der Opfer politischer Verfolgung relevant ist.

Zu 8.: Wir fordern die Einführung einer „Ehrenpension“ in Höhe von 511 Euro ohne eine Bedürftigkeitsprüfung anstelle der bisherigen „Opferrente“. Nur eine Ehrenpension bringt Verfolgten die notwendige Achtung entgegen und wäre ein entscheidendes Signal zur Anerkennung des Einsatzes von politischen Häftlingen. Auch die Ausgleichsleistungen des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes halten wir für zu gering.

II. Bis heute fortwirkendes Unrecht

Zu 1.: Mit den GRÜNEN Anträgen „Rentenminderung von DDR-Altübersiedlern und -Flüchtlingen verhindern“ (BT-Drs. 17/6108) und „Gleiches Rentenrecht in Ost und West, Rentenüberleitung zum Abschluß bringen“ (17/12507) fordern wir die Einführung eines Wahlrechts für Übersiedler, die bis zum 9.11.1989 übersiedelten, ob die Rentenberechnung nach dem Fremdrentengesetz (FRG) oder nach dem Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) erfolgen soll.

Zu 2.: Über 20 Jahre nach der Wiedervereinigung sehen wir trotz aller Kritik an den von der Kohl-Regierung getroffenen Entscheidungen zur Regelung offener Vermögensfragen keine Möglichkeit mehr, diese grundlegend zu revidieren, denn dann würden sehr viele Vermögensfragen erneut juristisch auf den Prüfstand kommen. Das würde den Aufbau Ost schwer belasten, und dafür sind keine Mehrheiten in Sicht. Das gilt auch für die bis heute höchst umstrittene Entscheidung, die Enteignungen unter Besatzungsrecht zwischen 1945 und 1949 nicht rückgängig zu machen, aber auch für die Regelung der Ausgleichsleistungen für diese Enteignungen.

Möglich ist jedoch eine im Detail nachgebesserte Ausgestaltung des im Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) geregelten begünstigten Alteigentümergeverbs. Wir haben daher auch die diesbezüglichen Änderungen in den Flächenerwerbsänderungsgesetzen unterstützt. Wir fordern darüber hinaus jedoch die Aufhebung des sogenannten Kumulationsverbots, denn es gibt keinen nachvollziehbaren Grund dafür, daß Alteigentümer, die bereits als Pächter BVVG-Flächen begünstigt erworben haben, nicht mehr als Alteigentümer begünstigt erwerben können. Außerdem wollen wir mit einem geeigneten Verfahren in den BVVG-Privatisierungsgrundsätzen sicherstellen, daß für begünstigten Alteigentümergeverb *in allen Regionen* ausreichend Flächen reserviert bleiben. Ausgleichsleistungsbescheide sollen zukünftig einen Hinweis auf die 6-Monatsfrist enthalten, innerhalb der die Inanspruchnahme der Erwerbsansprüche angemeldet werden muß.

III. Öffentliche Wahrnehmung und Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft

Zu 1.: Wir unterstützen das Gedenken an authentischen Plätzen. Diese Orte vermitteln die Schrecken und Gefahren des SED-Regimes sowie die Leistungen der politisch Verfolgten bei der Überwindung der Diktatur auch noch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer spürbarer, persönlicher und lebendiger als ein zentrales Mahnmahl.

Zu 2.: Wir wollen umfassende Verbesserungen bei der straf- und verwaltungsrechtlichen sowie der beruflichen Rehabilitation vornehmen. Wir fordern, bisher ausgeschlossene Gruppen in das Entschädigungssystem einzubeziehen.

An das Leid der Opfer soll an jedem Gedenktag wie dem 17. Juni oder dem 13. August sowie anlässlich von Gedenken zur Wiedervereinigung wie dem 3. Oktober ausdrücklich gedacht werden. Insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll Gedenkstunden einem breiten Publikum zugänglich machen.

Zu 3.: Sind wir mit der Entsendung in Gremien betraut, benennen wir Personen mit oppositionellem Bezug, damit die Stimme von Opfervertretern stark gehört wird und bleibt.

Zu 4.: Soweit noch nicht ausreichend geschehen, sollten die DDR-Geschichte und

die Aufarbeitung der SED-Diktatur eine stärkere Berücksichtigung in den Lehrplänen finden. Themenbezogene Fortbildungen können Lehrerinnen und Lehrer zu einer ausführlicheren Darstellung im Unterricht ermutigen. Zeitzeugenberichte und Gedenkstättenbesuche spielen eine besonders wichtige Rolle bei der authentischen Vermittlung des Unrechtssystems.

Zu 5.: Wie sich leider am Beispiel nationalsozialistischer Symbole gezeigt hat, führt ein solches Verbot nur zur Umgehung, beispielsweise durch Ausweichhandlungen oder verschleierte Abkürzungen. Ein Verbot des Zeigens von Symbolen aus der kommunistischen Gewaltherrschaft halten wir daher für wenig zielführend. Notwendig ist eine gezielte Aufklärung über das Unrecht des DDR-Regimes, so daß es nicht zu Verharmlosungen kommt.

IV. Sicherung der Existenz von Institutionen der DDR-Aufarbeitung

Zu 1.: Die Bundesstiftung Aufarbeitung fördert kontinuierlich den Bestand sowie die Betreuungs- und Bildungsarbeit der Vereinigungen, die sich für die Opfer der SED-Diktatur einsetzen. Darin spiegelt sich das besondere Interesse, das die Stiftung der gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung und Rehabilitation politisch Verfolgter widmet. Daran möchten wir festhalten.

Zu 2.: Die Fragen der Aufarbeitung und Rehabilitation sind für die Betroffenen, aber auch für die ganze Gesellschaft von erheblicher Bedeutung. Wir wollen zum einen dafür sorgen, daß die notwendigen finanziellen Mittel bereit stehen, um diese wichtigen Aufgaben auch weiterhin in vollem Umfang zu erfüllen (wie es ja auch im Gesetz zur Gründung der Stiftung vorgesehen ist). Zum anderen wollen wir diese Themen politisch im Fokus halten, um zu verhindern, daß sich eine „Schlußstrich-Mentalität“ breit macht und trotz erheblichen Bedarfs finanzielle, politische und ideelle Unterstützung eingestellt werden.

Zu 3.: Die Stasiunterlagenbehörde ist eine großartige Einrichtung: Das erste Mal hat sich ein Volk der Akten seiner Unterdrücker bemächtigt. Die schwarzgelbe Regierung hat im Koalitionsvertrag versprochen, eine Expertenkommission zur Entwicklung der Behörde einzusetzen. Das ist nicht geschehen. Wir bedauern, daß dadurch vier Jahre verschwendet wurden. Wir fordern, daß die Experten-

kommission endlich eingesetzt wird und Zukunftsperspektiven für die Behörde des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen entwickelt.

Die Idee des Campus für Demokratie, auch mit der Errichtung einer Jugend- und Begegnungsstätte, unterstützen wir. Allerdings wünschen wir uns eine andere Bezeichnung, da für uns nicht vermittelbar ist, daß ein Ort der Täter als „Campus der Demokratie“ beschrieben wird.

Zu 4.: Bereits von 1992 bis 1998 haben sich im Bundestag die beiden Enquete-Kommissionen „Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ mit dem Erbe des DDR-Regimes befaßt. Auf Empfehlung der Kommissionen wurde die bundeseigene Stiftung Aufarbeitung gegründet, die die Förderung der weiteren Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der Diktatur übernommen hat. Auch der Bericht zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur, der eigentlich einmal im Jahr informieren sollte, nun aber nur einmal in der Legislaturperiode veröffentlicht wurde, gibt ein umfassendes Bild über Prozeß, Probleme und Folgen der Aufarbeitung des Unrechtsstaates. Wir halten es daher nicht für angemessen, das Rad mit einer erneuten Enquete-Kommission auf null zurück zu drehen und unterstützen weiterhin die Stiftung und den regelmäßigen Bericht.



Antworten der CDU/CSU

CDU und CSU haben 2007 mit der Durchsetzung der Ehrenpension einen wichtigen Schritt zur Wiedergutmachung von SED-Unrecht erzielt. Seit 2012 konnten über 47 000 Opfer des SED-Regimes davon profitieren. Sie war und ist jedoch nicht das Ende unserer Bemühungen, Unrecht aufzuarbeiten und Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

So haben CDU und CSU zu Beginn der letzten Legislaturperiode zahlreiche Verbesserungen zugunsten der SED-Opfer umgesetzt. Insbesondere wurde die Si-

tuation bedürftiger Opfer – vor allem mit Kindern – verbessert und der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert. Ein gänzlicher Verzicht auf eine Stichtagsregelung ist zwar nicht möglich. Aber es gibt nunmehr eine Härtefallregelung, die Anwendung finden kann, wenn die Mindesthaftzeit von sechs Monaten nur geringfügig unterschritten wurde. Zudem können seither auch aus Aufenthalt z.B. in DDR-Jugendwerkhöfen Ansprüche auf die Opferpension entstehen, in denen damals vielfach haftähnliche Situationen herrschten. Darüber hinaus haben wir die Antragsfristen nochmals verlängert – bis 2019 können noch neue Anträge auf Rehabilitation gestellt werden.

Auch in der nächsten Wahlperiode werden sich CDU und CSU des Themas Rehabilitation und Entschädigung weiter annehmen. So werden wir prüfen, ob angesichts der Rentenerhöhungen der letzten Jahre eine Anpassung der Opferpensionen möglich ist. Für Hinweise und Anregungen aus dem Kreis der Opferverbände sind wir jederzeit offen und werden diese in unsere Überlegungen einfließen lassen.

Rentenansprüche für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR:

CDU und CSU haben für die Anliegen der DDR-Übersiedler, die für ein Leben im freien Teil Deutschlands viel gewagt und viel aufgegeben haben, großes Verständnis. Wir haben uns deshalb mit diesem Thema in der letzten Wahlperiode intensiv auseinandergesetzt. Das deutsche Rentenrecht ist außerordentlich komplex, da es auf eine Vielzahl unterschiedlicher Erwerbsbiographien eingehen muß. Es ist nicht einfach, eine für alle Fallgruppen gangbare Lösung zu finden.

Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages hat sich ausdrücklich für eine gesetzliche Neuregelung der Rentenansprüche für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR ausgesprochen. Danach soll eine Regelung geschaffen werden, um auch für nach 1936 geborene Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR weiterhin die Tabellenentgelte nach dem Fremdrentengesetz (FRG) anzuwenden. Eine gesetzliche Neuregelung könnte aus Sicht des Petitionsausschusses z.B. eine Neufeststellung der Renten auf Antrag vorsehen.

(Den Beitrag stellte Florian Kresse zusammen; Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.)

„Schieß doch, Tschekist!“

Die Tragödie von Workuta

Von Horst Schüler

Ihr Todestag ist der 1. August 1953, vor sechzig Jahren also. Auch der Ort, an dem sie starben ist der gleiche, die Todesursache ebenfalls, und begraben wurden beide auf einem kleinen Friedhof in Workuta, was selten war damals, zumeist wurden die Toten irgendwo in der menschenleeren Tundra verscharrt, dort, wo keine Blume, kein Kreuz, kein Stein an sie erinnert. Und natürlich waren sie blutjung, als der Tod sie zu sich nahm, Wolfgang Jeschke, am 2. Februar 1953 gerade 21 Jahre alt geworden, Hans-Gerd Kirsche nur drei Jahre älter. Wen Gott liebt, den nimmt er jung zu sich, sagen wir manchmal. Das mag ein schwacher Trost für Hinterbliebene sein, mehr auch nicht. Doch die Väter, Mütter, Geschwister der beiden wußten ja nicht einmal, daß sie gestorben waren, wußten auch nicht, daß es ein gewaltsamer Tod war, der sie ereilte. Wolfgang Jeschke und Hans-Gerd Kirsche wurden erschossen. Und mit ihnen 62 andere. Dabei war es ein ausnehmend schöner Tag, dieser 1. August 1953. Strahlende Sonne vom wolkenlos blauen Himmel über Workuta, beinahe warm war es, wo sonst bitterer Frost herrscht. Es schien, als wolle der Himmel der Tragödie dort unten auf der Erde einen bunten Rahmen leihen. Eine Tragödie, die kein Publikum hatte, nur Täter und Opfer. Kaum jemand in der Welt ahnte, was sich an diesem 1. August im äußersten Norden Rußlands zutrug. Nicht einmal jetzt, sechzig Jahre später, ist bekannt, wie und warum Wolfgang Jeschke und Hans-Gerd Kirsche und mit ihnen 62 andere Menschen starben.

Vorgeschichte

Anfang der fünfziger Jahre, Deutschland – ein geteiltes Land. In der Bundesrepublik begannen die Nachwehen des Krieges zu verblassen, in der DDR waren sie noch unübersehbar. Hans-Gerd Kirsche, in Rittersgrün daheim, hatte sich bei der sowjetischen Wismut AG verpflichtet, die im Erzgebirge nach Uran für Atombomben schürfte. Er arbeitete dort als Erzhauser unter Tage. Die Bedingungen waren ungemain hart, die Arbeitsschutz- und Sicherheitsvorkehrungen miserabel. Darüber informierte er den West-Berliner Rundfunksender RIAS. Am 19. März 1951 wurde er von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet, am 16. August von einem

Militärtribunal zu 25 Jahren Haft verurteilt. Wolfgang Jeschke lebte im Ostteil Berlins, in Pankow, und arbeitete in einer Schneiderei. Warum er am 29. November 1950 von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet und am 23. Januar 1951 vom Sowjetischen Militärtribunal 48420 zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde, ist unbekannt. Bekannt jedoch ist, daß Jeschke wie auch Kirsche 1994 von der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitiert und die gegen sie gefällten Urteile, weil aus politischen Gründen verhängt, aufgehoben wurden.

Nach der Verurteilung kamen beide nach Workuta. Daß sich dort eine der größten Strafregionen der Sowjetunion befand, mit mehr als dreißig Lagern, daß zu fast jedem Lager ein Kohlebergwerk gehörte, in dem die Häftlinge wie Sklaven schufteten mußten, daß Hunger, Rechtslosigkeit und Verzweiflung ihre täglichen Begleiter waren, daß sie in einer Gegend lebten, die klimatisch zu den härtesten der Welt zählt, daß alles dort von Sträflingen erbaut wurde – geschenkt, geschenkt. An dieser Stelle ist oft genug darüber berichtet worden.

Wolfgang Jeschke und Hans-Gerd Kirsche landeten im Lager 10. Zu ihm gehörte der 29. Schacht. Das Lager 10 mit etwa 3000 Häftlingen war eines mit besonders strengem Regime. Ein Tag wie der andere: Knochenarbeit, drei Schichten, ein Kanten Brot, Wassersuppe, eine Kelle Kascha und alle zehn Tage ein Stück Zucker, manchmal Prügel, Kriminelle die eigentlichen Herren im Lager, blanke Hoffnungslosigkeit bei den anderen. So verstrichen die Jahre.

Der Tod des Tyrannen

Daß Stalin krank war, darüber gab es schon länger Vermutungen. Am 5. März 1953 dann Trauermusik über die Lagerlautsprecher, ein Sprecher mit getragener

Stimme: „Der große Vater des sowjetischen Volkes, unser über alles geliebter Josef Wissarionowitsch Stalin ist heute gestorben.“ Jubel in allen Lagern. Endlich! Endlich hat ihn der Teufel geholt!

Die Gerüchte folgten dem Jubel unmittelbar, jeden Tag ein neues. Von einer Überprüfung der Urteile wollten sie wissen, von Amnestie, von der Auflösung der Lager – und, und, und. Die Häftlinge ritten von einer Hoffnung zur anderen, doch alle erwiesen sich als trügerisch. Und wie das mit Hoffnungen so ist: Wenn sie sich nicht erfüllen, dann lauern schon Verbitterung und Zorn darauf, ihren Platz einzunehmen.



Kreuze in der Tundra. Nur wenige der im Lager Umgekommenen fanden wenigstens ein Grab auf einem Friedhof nahe der Stadt Workuta.

Was haben wir denn noch zu verlieren, sagten sich die Häftlinge. Nein, sie hatten nichts zu verlieren als ihr armseliges Leben, das diesen Namen nicht verdiente.

Der Aufstand

Mitte Juli 1953 begann das erste Lager in Workuta zu streiken. Andere folgten, auch die Häftlinge im Lager 10 verweigerten die Arbeit. Es bildete sich ein Häftlingskomitee, dem auch Boris Kudrjanzew angehörte, ehemals Offizier der Roten Armee, aus deutscher Kriegsgefangenschaft geflohen, Führer einer Partisaneneinheit, dennoch 1947 verhaftet, zu 25 Jahren verurteilt, Häftlingsnummer SI-491. „Wenn nötig, dann machen wir aus dir einen japanischen Götzen“, hatte ein Verhöroffizier höhnisch zu ihm gesagt. „Das Komitee unterband die Arbeit im Bergwerk, nur eine Brigade, die Wassereinbrüche oder Explosionen im Schacht verhindern sollte, durfte einfahren“, erinnerte sich Boris Kudrjanzew in einem Bericht der Zeitung „Ural“. Und weiter: „Im Lager sorgte das Komitee für mustergültige Ordnung. Wir befreiten die Häftlinge aus dem Strafolator,



In den neunziger Jahren wurde eine Gedenkstätte für die toten deutschen politischen Häftlinge in Workuta eingeweiht. Links und rechts des Kreuzes die bei der Niederschlagung des Aufstandes im Lager 10 schwer verwundeten Bernhard Schulz und Heini Fritsche.

untersagten den Wachmannschaften das Betreten des Lagers, verboten vor allem jegliche Gewalt.“

Was als Streik begann, nahm schnell die Züge eines Aufstandes an. Auf den Dächern der Baracken schrieben die Häftlinge Freiheitsparolen. Als General Derewjanko, Chef der Lagerverwaltung Workuta, sie zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen wollte, wurde ihm das Wort entzogen. Das Komitee verlangte die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat und Garantien für Straflosigkeit aller am Aufstand Beteiligten. Verhandeln würde man nur mit einer kompetenten Delegation aus Moskau. Dort war das Ringen um die Nachfolge Stalins noch nicht beendet. Vermutlich wurde auch deshalb nicht mit der sonst üblichen Gewalt gegen die Aufständischen in Workuta vorgegangen.

Am 30. Juli erschien unter der Führung von Armee-General Maslennikow und Oberjustizrat Samochin, Stellvertreter des Generalstaatsanwalts Rudenko, der in Moskau die Anklage gegen den verhafteten Geheimdienstchef Berija vorbereitete, eine Delegation im Lager 10. Aus der Menge der auf dem Appellplatz versammelten Häftlinge erhob sich der frühere Oberst Sylko, und es folgte ein Austausch, an den sich Boris Kudrjawzew so erinnerte: Sylko sagte, „Erkennen Sie mich, Bürger General? Ich bin Oberst Sylko.“ Maslennikow: „Ich bin nicht mit Volksfeinden und Vaterlandsverrätern bekannt.“ Darauf Sylko: „Erinnern Sie sich, als unsere Division eingekesselt war. Ich geriet verwundet in Gefangenschaft, und deshalb bin ich hier Häftling. Sie haben damals ihre Division feige verlassen. Ein Kommandeur verläßt wie ein Schiffskapitän als letzter seine Einheit. Wer ist

denn nun von uns der Verräter, du gemeiner Kerl?!“ Maslennikow schrie „Provokation“ und verließ zornentbrannt mit seiner Delegation das Lager.

Vermutlich hat er dann nach Rücksprache mit Moskau die Genehmigung erhalten, den Aufstand mit Gewalt zu beenden.

niger Minuten den Aufstand zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Häftlinge hakten sich ein, rückten langsam vor. Hinter dem Tor standen General Maslennikow und seine Begleiter. „Wir wollen Freiheit“, riefen ihnen die Häftlinge zu. Plötzlich öffnete sich das Lagertor für einen Offizier, Major Frolow, wie sich später herausstellte. Ein Häftling aus der ersten Reihe riß seine Jacke auf und schrie ihm entgegen: „Schieß doch, Tschekist!“ Darauf fiel ein Schuß, der Häftling brach zusammen. Sekunden später das Inferno, die Soldaten hatten Feuerbefehl erhalten.

Es waren die letzten Sekunden im Leben von Wolfgang Jeschke und Hans-Gerd Kirsche. Und es waren die letzten Augenblicke im Leben von 62 anderen Häftlingen. 123 weitere Gefangene wurden schwer verwundet, unter ihnen zwölf Deutsche. Manche überlebten nur durch die schnelle Hilfe von Häftlingen mit medizinischer Vorbildung. Andere verbluteten, während ihre Kameraden aus dem Lager getrieben wurden. Einen Tag später nahmen alle Lager die Arbeit auf, Workuta lieferte wieder Kohle. Und der brutale Alltag der Häftlinge begann wieder. Ende eines Aufstandes wehrloser, seit Jahren geschundener Menschen. Ende einer Tragödie, von der die Welt keine Notiz nahm.

Der 1. August

Bereits in den Tagen zuvor hatte man vor dem Lager 10 Maschinengewehre und Granatwerfer in Stellung gebracht und die Wachtürme verstärkt. In der Nacht zum 1. August waren Truppen aus dem Quartier Severnij herangeführt worden, unter ihnen auch I. Tichomirow, Fahrer eines Lkw. Später, als Pensionär, erinnerte er sich: „Überall hingen Transparente – Dem Land die Kohle, uns die Freiheit! Aus dem Lager hörten wir: Kommt zu uns, Unversehrtheit garantieren wir euch!“

Der Morgen des 1. August. Lager 10 war von Soldaten umstellt, eine Kompanie schußbereit vor dem Tor. Auf der Lagerstraße die Häftlinge, an ihrer Spitze die Mitglieder des Komitees. „Habt keine Angst, Brüder“, sagte einer, „sie werden nicht schießen!“ Über Lautsprecher kam die barsche Aufforderung, innerhalb we-

Die Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion wird vom 1. bis zum 3. August in Berlin an Wolfgang Jeschke, Hans-Gerd Kirsche und die mit ihnen erschossenen 62 politischen Häftlinge erinnern. Und sie wird eines vergeblichen Aufstandes mehr gegen Tyrannen gedenken.



Eine mit Stacheldraht umwundene Säule erinnert an die dunkle Vergangenheit der Stadt und der Region.

Die Berliner Mauer und die Literatur

Westdeutsche Autoren ignorierten das Thema

Von Jörg Bernhard Bilke

Der Bau der Berliner Mauer in der Nacht zum 13. August 1961, womit die seit 1949 anhaltende Fluchtbewegung der DDR-Bevölkerung nach West-Berlin unterbunden werden sollte, war der gewaltigste Einschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Aber auch in den 28 Jahren danach flüchteten Zehntausende durch Stacheldraht und Todesschüsse über die innerdeutsche Grenze. Sie überwandern Minenfelder unter Lebensgefahr, sie flohen beim Landgang von Urlauberschiffen in Afrika, sie sprangen im schwedischen Trelleborg von der Reling der Sassnitzer Fähre, wobei sie sich die Beine brachen, sie verließen den ungeliebten Staat mit gefälschten Pässen im „Nordland-Express“, der von Wien über Ost-Berlin nach Kopenhagen fuhr, sie verließen fluchtartig die Maschinen der „Interflug“, die auf dem Weg nach Kuba im kanadischen Neufundland zwischenlanden mußten, sie unterflogen mit gekaperten Agrarflugzeugen die Radarerfassung, sie krochen voller Ängste durch Fluchttunnel in Berlin, sie entkamen mit Paddelbooten übers Schwarze Meer, sie durchschwammen Flüsse, Kanäle und den Ratzeburger See, schließlich auch die Ostsee, bis sie von einem Schiff aufgenommen wurden. Dutzende ertranken dabei, auf dem Friedhof der dänischen Insel Mön gibt es Gräber mit namenlosen DDR-Flüchtlingen. Heute, ein halbes Jahrhundert danach, fragt man sich beklommen, ob dieser grausame Vorgang, daß ein Volk mit staatlicher Gewalt auseinander gerissen werden sollte, auch in der Literatur beider deutscher Staaten Resonanz gefunden hat.

Ein Blick auf die westdeutsche Literatur nach 1961 ist zutiefst enttäuschend. Sofern die Autoren keine biographische Bindung nach Mitteldeutschland hatten, wie der Sachse Gerhard Zwerenz (1925) oder der Pommer Uwe Johnson (1934–1984), waren sie kaum dafür zu gewinnen, die „deutsche Frage“ literarisch aufzuarbeiten. Uwe Johnson aber, der 1959 nach West-Berlin gekommen war, hat bereits 1965 mit dem Prosatext „Zwei Ansichten“ die deutsche Teilung beschrieben und gedeutet. Daß auch Grenznahe Betroffenheit schaffen kann, zeigt der Roman „Damals im August“ (1983) des Oberfranken Theodor Schübel (1925–2012) aus Schwarzenbach/Saale über

eine in Erfurt 1943 geschlossene Kriegsehe, die 1961 am Mauerbau zerbricht. Das umfangreiche Nationalepos „Die Brüder“ (1985) des 1926 in Potsdam geborenen Dieter Lattmann ist freilich zu gesinnungstüchtig, um überzeugen zu können, gelungen dagegen ist der Roman „Polninken oder Eine deutsche Liebe“ (1984) des 1934 geborenen Ostpreußen Arno Surminski über eine scheiternde Liebesbeziehung zwischen Jena und Kiel. Der einzige Autor aus Westdeutschland ohne biographische und geographische Bindung an Mitteldeutschland ist der am Bodensee lebende Martin Walser (1927)

mit seinem in Bonn spielenden Agentenroman „Dorle und Wolf“ (1987). Sonst kommt das ungeliebte Thema „Deutschland nach 1945“ in der westdeutschen Literatur nicht vor. In der DDR-Literatur aber war das, so verwunderlich das klingt, seit dem 13. August 1961, als gefahrlose „Republikflucht“ schon nicht mehr möglich war, ganz anders. Dort wurde, von der DDR-Führung vorgegeben, die deutsche Teilung keineswegs als Unglück betrachtet, sondern als eine vor der Geschichte eröffnete Möglichkeit, in einem Teilstaat den Sozialismus aufzubauen. Die Verweigerung solchen Glücks durch DDR-Flüchtlinge, die dieses glückselige Land verlassen wollten, mußte aus dieser verqueren Sicht als „Verrat an der Arbeiterklasse“ gewertet werden, was strafrechtliche Folgen hatte. Mit dem Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957 hatte sich die SED-Diktatur ein politisches Instrument geschaffen, um jeden Bürger schon beim leisesten Fluchtverdacht festnehmen zu können. Es genügte, in Grenznahe eine Kneifzange oder in Küstennähe einen Kompaß mit sich zu führen!

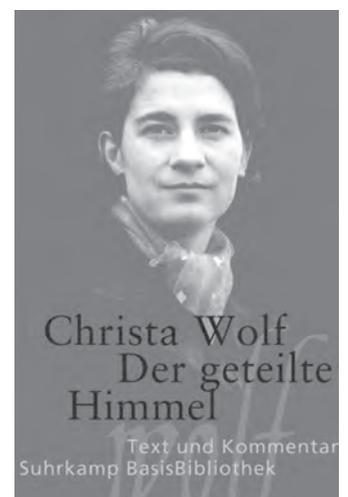
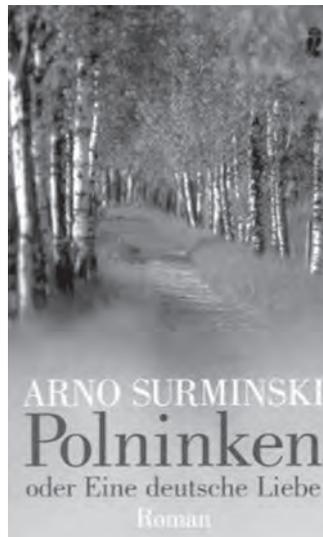
Nun sollte man annehmen, das Thema „Republikflucht“ mit allen Begleiterscheinungen wäre, wie die Themen „Umweltverschmutzung“ oder „Wehrerziehung“

auch, nach dem Mauerbau in Berlin aus der DDR-Literatur verbannt worden, Manuskripte mit solcher Tendenz wären nicht veröffentlicht worden, weil der Staat eine Diskussion darüber als unerwünscht betrachtet hätte. Das Gegenteil war der

Fall: Wenn man „parteilich“ über das Delikt „Republikflucht“ schrieb und den SED-Staat verteidigte – der „noch immer“ durch die „Machenschaften“ des „westdeutschen Klassenfeinds“, welcher DDR-Bürger „abwarf“, gezwungen sei, Fluchtvorhaben zu ahnden –, dann konnte man dieses Thema durchaus in die DDR-Literatur einbringen, wie es schon 1963 Brigitte

Reimann (1933–1973) und Christa Wolf (1929–2011) mit ihren Romanen „Die Geschwister“ und „Der geteilte Himmel“ vorgeführt haben. Bei der frühverstorbenen Brigitte Reimann ist es der fluchtwillige Schiffsbauingenieur Ulrich Arendt, der Ostern 1961 seiner Schwester Elisabeth anvertraut, daß er fliehen wolle: „... weil ich die Schnauze voll hab... Ich kann nicht hier bleiben, ich ersticke hier... Ich fühle mich wie ein Gefangener, hinter einem Gitter von Dummheit und Bürokratie... Ich bin Mathematiker... Ich will mich nicht engagieren... ich will Schiffe bauen.“ Diese Argumente sind schlechterdings nicht zu widerlegen, auch Elisabeth kann das nicht. Deshalb informiert sie ihren Verlobten Joachim, einen überzeugten Kommunisten, von der Fluchtabsicht ihres Bruders, anders gesagt: Sie denunziert ihn! Joachim aber spricht mit Ulrich unter vier Augen, ein Gespräch, von dem

der Leser nichts erfährt, es müssen aber starke Argumente gegen die geplante „Republikflucht“ gewesen sein in jenen Wochen vor dem 13. August, als Zehn-





tausende weggingen. Man darf annehmen, daß Joachim seinem künftigen Schwager mit einer Anzeige gedroht hat, denn Ulrich bleibt, ohne daß begründet würde, warum. Christa Wolf ist da ehrlicher. Die Lehrstudentin Rita Seidel hat starke Bindungen an den Sozialismus, besonders zu ihrer Arbeitsbrigade im Waggonwerk von Halle-Ammendorf, wo sie während der Ferien arbeitet. Ihr Verlobter aber, der Chemiker Dr. Manfred Herrfurth, ist vor dem 13. August nach West-Berlin geflohen, dort besucht sie ihn, um ihn, vergeblich, zur Rückkehr zu bewegen. Schließlich entscheidet sie sich für den Sozialismus und gegen ihren Verlobten, eine Entscheidung, die ihre Kräfte überfordert! Während der Arbeit bricht sie zusammen und kommt für Wochen ins Krankenhaus: „Wer auf der Welt hatte das Recht, einen Menschen... vor solche Wahl zu stellen, die, wie immer er sich entschied, ein Stück von ihm forderte?“ Dieser Roman hat damals eine heftige Diskussion entfacht, die über mehrere Jahre anhielt. Schließlich sprach Horst Sindermann, SED-Bezirkssekretär von Halle, ein Machtwort: „Wenn auf einem Drittel Deutschlands die Arbeiterklasse gesiegt hat, ist das ein Glück.“

Für diese sinnige Behauptung, im SED-Staat wäre in zwölf Jahren wie aus dem Nichts eine so-

zialistische Gesellschaft entstanden, die vor „Feinden“ geschützt werden müßte, sind an der innerdeutschen Grenze Hunderte von Flüchtlingen erschossen worden. In der DDR-Literatur, zumal in der nur in Westdeutschland gedruckten, wird das immer wieder zur Anklage erhoben. Der 1977 ausgebürgerte Lyriker Reiner Kunze (1933) berichtet in seinem Prosa-

stück „Schießbefehl“ (1976) von einem jungen Mann, der bei einem Fluchtversuch festgenommen wurde und sich in der Zelle erhängt. In seinem schneidend scharfen Text „Ein Wiesenstück“ (1978) beschreibt der Lyriker Bernd Jentzsch (1940), der während einer Dienstreise in die Schweiz 1976 „republikflüchtig“ wurde, die innerdeutsche Grenze mit Hundelaufgraben, spanischen Reitern, Minenfeld und Gitterzaun, die für Flüchtlinge zur Todesfalle werden konnte. Volker Brauns (1939) Erzählung „Unvollendete Geschichte“, worin die versuchte „Republikflucht“ des Helden eine dominierende Rolle spielt, wurde zu DDR-Zeiten nur einmal veröffentlicht, in der Literaturzeitschrift „Sinn und Form“. Nur in West-Berlin erschien Thomas Braschs (1945-2001) Fluchtgeschichte „Fliegen im Gesicht“ (1977), worin der Autor das Schicksal von DDR-Flüchtlingen vergleicht mit jenem im spanischen Bürgerkrieg 1936/39 gefallener Republikaner.

Auch Jurek Beckers (1937–1997) Roman „Schlaflose Tage“ (1978) durfte in keinem DDR-Verlag erscheinen. Die offizielle Begründung wurde vom stellvertretenden Minister Klaus Höpcke auf der Leipziger Buchmesse vorgetragen: Weil die „sozialistische Gesellschaftsordnung“ als vorübergehend dargestellt wurde! Hier geht es um die gescheiterte „Republikflucht“ von Ungarn nach Österreich der Ost-Berlinerin Antonia Kramm, deren Freund, der Lehrer Karl Simrock, sich zu Recht darüber aufregt, daß der Staat einem Menschen vorschreiben kann, wo er zu leben hat.

In Erik Neutchs Erzählung „Zwei leere Stühle“, 1979 in Halle erschienen, wird ein Klassentreffen zehn Jahre nach dem Abitur beschrieben, bei dem zwei Stühle leer bleiben: Uwe Tolls ist als Hauptmann der „Nationalen Volksarmee“ zwei Tage zuvor in treuer Pflichterfüllung tödlich verunglückt; Wolfgang Lichtenfeld aber, der Primus der Klasse und angesehener Chirurg, ist sechs Wochen zuvor über die bulgarische Grenze zum „Klassenfeind“ übergelaufen.

Erik Neutsch (1931), der mit seinem Bitterfeld-Roman „Spur der Steine“ (1964) berühmt wurde, war ein angesehener und vielfach ausgezeichnete Autor. Daß er seinen Wolfgang Lichtenfeld, der nur „in den Westen“ gegangen ist, auf die gleiche Stufe stellt wie den toten Uwe Tolls, hat politische Bedeutung. Wer den „Sozialismus“ verraten hat und ins Lager des „Klassenfeinds“ gewechselt ist, war

tot, ausgelöscht, für alle Zeiten aus dem Gedächtnis gestrichen. In seinem Lied „Enfant perdu“ (1972) hat der oppositionelle, aber sozialismusgläubige Sänger Wolf Biermann (1936) die Flucht Florian Havemanns 1971 über die Mauer betrauert: „Er ist hinüber – enfant perdu. Ach, kluge Kinder sterben früh.“ Freilich, Florian Havemann, der Sohn Robert Havemanns (1910-1982), geboren 1952, lebt noch immer, er hat damals nur Abschied genommen vom „Sozialismus“, war somit gestorben und unerreichbar geworden für die im SED-Staat Ausharrenden. In Gedichten zweier SED-Lyriker, Helmut Preißlers (1925-2010) und Wolfgang Tilgners (1932-2011), werden denn auch die gezielten Todesschüsse auf Flüchtlinge gerechtfertigt und verherrlicht!

Wer es geschafft und unbeschädigt den Westen erreicht hatte, der brauchte Zeit zur Eingewöhnung in den „Kapitalismus“, die Fülle des Angebots verstörte ihn, er mußte sich umstellen auf eine völlig neue Wirklichkeit, was erst nach Jahren gelang: „Ich bin angekommen, auch dies ist mein Land, ich finde den Lichtschalter schon im Dunkeln.“ (Reiner Kunze). Nach einiger Zeit lebte er nicht mehr „auf schreckliche Weise in der Fremde“ (Christa Wolf), sondern nahm gierig auf, was ihm ein Leben in Freiheit bot. Diese Freude ist in mehreren Büchern festgehalten worden, in Monika Reuters Bericht „Ihr da drüben. Briefe in die DDR“ (1986), in Hans Nolls Aufzeichnungen „Der Abschied. Journal meiner Ausreise aus der DDR“ (1987), wo man solche Sätze lesen konnte: „Ich brauchte fünf Minuten, um zu entdecken, daß die Passanten höflicher, freundlicher und vor allem besser gelaunt waren als die Passanten in Ost-Berlin... daß mich ein Gefühl der Leichtigkeit erfaßte, wie ein Aufwind.“ Oder in Irene Böhmes Beobachtungen „Schön ist der Westen“ (1983): „Hier geht es nicht mit rechten Dingen zu. Das Auto gleitet über Asphalt ohne Schlaglöcher. Nahe dem Parkplatz vier Fernsprechkzellen, sie sind intakt, Telefonieren ist möglich – wohin man will, solange man will, soweit das Hartgeld reicht.“

Die DDR-Flüchtlinge in Westdeutschland, die dankbar ein neues Leben annahmen, haben nie vergessen, daß sie einer Diktatur entronnen waren. Sie waren es, die um Verständnis warben für die Landsleute in Mitteldeutschland, die 1945 schuldlos unter russische Herrschaft geraten waren, für ihre den Westdeutschen oft unverständliche Verhaltensweisen; und sie waren es, die unermüdlich vor dem Kommunismus warnten, ohne gehört zu werden. 



Verfolgung bis ins dritte Glied

12. Internationale Konferenz zu Nord-Koreas Menschenrechtslage und Flüchtlingsproblematik am 18. Juni 2013 in Berlin

(st) Seit zwölf Jahren organisiert die südkoreanische Bürgerallianz für nordkoreanische Menschenrechte in unterschiedlichen Ländern Konferenzen zur Lage in Nord-Korea. 2013 nun erstmals in Deutschland, gemeinsam mit der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und unterstützt von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte sowie der Bundesstiftung Aufarbeitung, die der Konferenz auch ihre Räume zur Verfügung stellte. Um es vorweg zu nehmen: eine ausgezeichnete Veranstaltung, von der Auswahl der Referenten, jedem einzelnen Redebeitrag bis zu den koreanischen Gerichten, die mittags angeboten wurden.

Nach der Begrüßung durch UOKG-Vorsitzenden Rainer Wagner, die Geschäftsführerin der Stiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky, und der Verlesung eines Grußwortes des Bundespräsidenten gab Jörn Rohde, Leiter des Referats Ostasien im Außenministerium, zunächst einen Überblick aus der Sicht seines Amtes. Die Menschenrechtslage in Nord-Korea sei katastrophal, es herrsche ein systematischer Entzug von Freiheit auch außerhalb der Lager. Das Land würde regiert mit völliger Geringschätzung von Individuum und Familie, mit Militarisierung und Gleichschaltung. 2001 habe Deutschland die diplomatischen Beziehungen zu Nord-Korea wieder aufgenommen, um die damals von Süd-Korea ausgehende sogenannte Sonnenschein-Politik zu unterstützen. Indes verweigere Nord-Korea jeden Dialog. Rohde resümierte, er sehe keine Besserung in nächster Zeit, seines Erachtens müsse ein Wechsel von innen kommen, außenpolitische Bemühungen könnten dies kaum bewirken.

Der erste Teil, mit dem Thema „Die Kontrolle der Gedanken – Das System der Überwachung“, wurde eingeleitet von einer kurzen Filmdokumentation, die das tägliche Elend der nordkoreanischen Bevölkerung zeigte. Seit 60 Jahren sei das Land eine Klassengesellschaft, alles hänge vom familiären Hintergrund ab. Kim Il-sung habe verkündet, „Klassenfeinde“ seien bis in die dritte Generation auszulöschen, so daß ganze Familien in die Lager verbracht würden, von denen es zur Zeit sechs gäbe, mit ca. 180 000 Gefangenen.

Sexueller Mißbrauch und Mißhandlungen durch Beamte, Grenzsoldaten und die Polizei seien an der Tagesordnung.

Dies selbst erlebt hatte Hye-sook Kim, ehemalige Gefangene eines nordkoreanischen Straflagers für politische Häftlinge. Das Lager sei ein Bergwerk von riesigen Ausmaßen, in dem sie mit 16 Jahren zu arbeiten beginnen mußte. Ein vier Meter hoher Stacheldrahtzaun mit Starkstrom habe die ca. 27 000 politischen Häftlinge umgeben. Regelmäßig seien öffentliche Erschießungen durchgeführt worden, z.B. wegen des verbotenen Sammelns von Maiskörnern. Ihre Freundin habe man wegen Aberglaubens gehängt. Wärter spuckten den Häftlingen in den Mund und prügeln sie zu Tode. Viele dort wären der Ansicht, es sei besser, auf der Flucht zu sterben, als in Nord-Korea zu bleiben.

Universitätsprofessor Man-ho Heo erläuterte anschließend die im Westen kaum bekannte Kastenstruktur des nordkoreanischen Staates. Nach der großen „Säuberung von Klassenfeinden“ in den 60er Jahren sei die Bevölkerung unterteilt worden in verschiedene Klassen. Zur ersten gehörten 20 Prozent, sie seien privilegiert, hätten freie Berufswahl und litten keinen Hunger. Die Mitglieder der Kernklasse, ca. 40 Prozent, hoffe man durch Agitation in der „revolutionären Ideologie“ zu verankern, die dritte Klasse sei die Feindklasse, die bekämpft werden müsse. Über allen stehe die Sicherheit, ein Überwachungsausschuß, der die gesamte Bevölkerung sowie die Ausländer überwache. Als 1973 der Machtwechsel von Kim Il-sung zu Kim Jong-il erfolgte, wollte man Unruhen im Land dadurch vermeiden, daß der Ausschuß vorbeugend 7000 bis 16 000 Menschen exekutierte. In Nord-Korea müsse man unterscheiden zwischen zwei Arten von Zwangsarbeitslagern. Es gebe Umerziehungslager mit dem Ziel der ideologischen Unterwerfung, nach der theoretisch eine Freilassung möglich sei. Andere seien Quarantänelager zur völligen Isolierung von der Gesellschaft.

Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, befaßte sich mit der Frage, wieso Diktaturen Überwachung zwingend benötigen. Da eine kleine Minderheit über eine große Mehrheit herrsche, brauche sie ein Früherkennungssystem von Widerstand und Aufruhr, außerdem verbreite es Angst. Die Menschen sollten sich überwacht fühlen. Knabe erläuterte das komplexe Überwachungssystem der DDR und warum es 1989 nicht mehr funktionierte: weil die Angst desto geringer wurde, je mehr Menschen gemeinsam handelten, weil die Machthaber verunsichert waren und keinen Plan mehr hatten und weil die Führung am Ende ihren eigenen Sicherheitskräften nicht mehr traute. Siegmund Faust, Autor und ehemaliger politischer Häftling der DDR, erörterte den Wandel der Methoden bei Haft und Verfolgung. Die physische Folter sei von subtileren und weniger sichtbaren Mitteln abgelöst worden, wie psychische Folter und Zersetzung, Offiziere der Staatssicherheit studierten systematisch „Operative Psychologie“.

Teil zwei behandelte die Frage der Abschiebung nordkoreanischer Flüchtlinge. Der Zeitzeugin Myung-sook Lee war eine solche Zurückweisung widerfahren. Nachdem sie zwölf Jahre in der Armee gedient hatte, kehrte sie nach Hause zurück und fand die soziale Lage sehr verschlechtert vor. Sie geriet an Menschenhändler, die sie nach China brachten und dort an einen 20 Jahre älteren Chinesen verkauften. Im 7. Monat schwanger, unternahm sie einen Fluchtversuch, der Schwieriger-



In Straflagern kann man nicht fotografieren. Deshalb hat Hye-sook Kim ihre Erlebnisse in selbstangefertigten Karten und vielen Zeichnungen dokumentiert.

vater verriet sie an den Sicherheitsdienst, sie wurde ergriffen und von den Beamten vergewaltigt. Die chinesischen Behörden übergaben sie an Nord-Korea. Dort kam sie wegen „illegalem Übertritt, Verrat am Vaterland und Nichterfüllung der Steuerpflicht“ in ein Lager, wo sie hochschwanger Zwangsarbeit verrichten mußte. Als ihre Tochter geboren wurde, biß Lee die Nabelschnur mit den Zähnen durch. Man schickte sie erneut zur Arbeit, und als sie ihr Kind das nächste Mal sah, waren seine Gliedmaßen bereits von Mäusen angenagt, es starb. Ein zweiter Fluchtversuch glückte, über China erreichte sie Süd-Korea. Auf der Flucht hatte sie ein Rasiermesser und reines Opium dabei,

keit für das Thema zu interessieren. Im Westen werde die nordkoreanische Ideologie mißverstanden als Autarkieversuch, obgleich das Land seit der Herrschaft Kim Jong-ils ständig auf ausländische Nahrungsmittel angewiesen sei. Bei großer Hungersnot breche in Nord-Korea alles zusammen, einzig die Propaganda funktioniere weiter. Für den Westen wäre es schwer vorstellbar, daß Menschen hauptsächlich damit beschäftigt seien, nach Essen zu suchen. Kim Jong-il habe gar keine satte Bevölkerung angestrebt, er befürchtete, sie käme dann auf falsche Gedanken. Dies sei ein Unterschied zur DDR, deren Führung durchaus Wohlstand für das Volk erreichen wollte, es allerdings

reanische Regierung sei die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft eine Vorbereitung auf die spätere Vereinigung der beiden Staaten.

Bei der Flüchtlingsbetreuung gebe es zahlreiche Probleme. Viele litten unter Depressionen, sonderten sich ab und benötigten psychologische Hilfe. Sehnsucht und Schuldgefühle gegenüber den Zurückgebliebenen weckten den Wunsch, so viel Geld wie möglich zu erarbeiten und nach Nord-Korea zu schicken, irgendwann seien die Flüchtlinge dann ausgelaugt und verbraucht. Auch die mangelnde Bildung der Nord-Koreaner bereite Probleme. Darüber hinaus hätten sie Schwierigkeiten, in Süd-Korea Freunde zu finden. All das führe dazu, daß 20 Prozent von ihnen straffällig würden.

Julie de Rivero, Direktorin des Genfer Büros von Human Rights Watch, beschrieb, was die UNO für die Menschenrechte in Nord-Korea tun könnte und (nicht) getan hatte. So seien zahlreiche Resolutionen vom Sicherheitsrat verabschiedet worden, doch stets im Hinblick auf das Atomwaffen-Problem. Seit 2004 gebe es immerhin einen Sonderberichterstatter, der die UNO regelmäßig informiere, seitdem verändere sich langsam das Abstimmungsverhalten. Am 21. März dieses Jahres beschloß der Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen, einen Untersuchungsausschuß zu den Menschenrechtsverletzungen in Nord-Korea einzurichten.

Wegen der bereits weit fortgeschrittenen Zeit hatten die drei letzten Referenten eine eher undankbare Aufgabe und mußten ihre Vorträge stark kürzen. Dr. Elke-Ursel Hammer vom Bundesarchiv sprach über die Häftlingsfreikäufe in Deutschland, der Soziologe Prof. Dr. Manfred Wilke über Westdeutschlands Umgang mit Menschenrechtsverletzungen in der DDR und Stephan Hilsberg, ehemaliger Bundestagsabgeordneter, beschrieb das deutsche Unterstützungssystem für Opfer des DDR-Regimes.

Den beiden ehemaligen politischen Gefangenen und Flüchtlingen, Hue-sook Kim und Myung-sook Lee, wurde stellvertretend für die politischen Häftlinge in Nord-Korea die goldene Ehrennadel der UOKG verliehen. In einer Schweigeminute gedachten die Teilnehmer aller nordkoreanischen Gefangenen. Es bleibt zu hoffen, daß die Bürgerallianz für nordkoreanische Menschenrechte bald einmal wieder Deutschland als Konferenzort wählt.



Foto: N. Radlitz

In der Mittagspause: Koreanisch essen bei angeregter Unterhaltung.

wäre sie erneut verhaftet worden, hätte sie sich das Leben genommen.

Der südkoreanische Professor Jae-chun Won stellte die Abschiebung nordkoreanischer Flüchtlinge aus Sicht des internationalen Rechts dar. Die Bevölkerung Nord-Koreas befinde sich in einem Kastensystem, auch durch Heirat könne niemand eine höhere Kaste erreichen, niedere Kasten erhielten weniger Nahrungsmittel, ihre Mitglieder seien die ersten, die verhungerten. Es herrsche Sippenhaft, drei Generationen würden bestraft für einen politischen Häftling, es gebe Verfolgung wegen religiöser Zugehörigkeit. Dies alles sei Grundlage, Geflohenen nach dem Völkerrecht den Flüchtlingsstatus zuzuerkennen. Doch in China beute man diese Menschen körperlich, emotional und sexuell aus, ihnen drohten Zwangsarbeit, Zwangsheirat und Abschiebung. Kinder von Chinesen und Nord-Koreanern erhielten keinen Schutz, keine Bildung und keine Papiere.

Die Publizistin und ehemalige Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld erklärte, es sei schwierig, die deutsche Öffentlich-

keit wirkungsvoller, als Resolutionen an die nordkoreanische Führung zu schicken. Die dringendste politische Forderung sei derzeit, daß Länder wie China, Thailand, Laos und die Mongolei ihre Abschiebepolitik aufgaben.

In einem von der Konferenz ausgehenden Appell wurde die Bundesregierung wenige Tage später aufgefordert, sich dafür einzusetzen.

„Auswirkungen der deutschen Erfahrung auf die koreanische Halbinsel: Lernen aus den Unterschieden“ war das Thema des dritten Teils. Professorin Yoon-sook Park erläuterte das System der Eingliederung und Unterstützung nordkoreanischer Flüchtlinge in Süd-Korea. Sie umriß die Entwicklung der südkoreanischen Sondergesetze, die sich auf diese Flüchtlinge beziehen. Dabei gehe es um Bildung, medizinische Versorgung, Psychotherapie, Arbeitsbeschaffung und auch Schutzprogramme, denn wenn in Nord-Korea bekannt würde, wer erfolgreich geflüchtet sei, drohe den zurückgebliebenen Familienmitgliedern unmittelbare Gefahr. Für die südko-

Namenstag

„Es lebe die Freiheit – Nie wieder Kommunismus!“ Mit diesen Worten enthüllte Klaus Gronau am 16. Juni 2013 das neue Namensschild auf dem Platz vor dem Finanzministerium, der nun „Platz des Volksaufstandes von 1953“ heißt.

Zuvor hatten in einer bewegenden Zeremonie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und der regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, ihr Wort an die anwesenden Zuschauer, darunter der Bürgermeister und Sportsenator von Berlin, Frank Henkel, Roland Jahn, Eberhard Diepgen, viele Opfer der SED-Diktatur und Delegierte der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso), gerichtet.

Der Hausherr selbst, Finanzminister Wolfgang Schäuble, verwies in seiner Rede auf die facettenreiche und durch beide Diktaturen geprägte Geschichte des Detlev-Rohwedder-Hauses, in dem sich heute das Finanzministerium befindet. Wie Schäuble ausführte, waren Unterdrückung und Widerstand in dem geschichtsträchtigen Gebäude immer eng miteinander verbunden. Bis zum Ende des 2. Weltkrieges war hier Hermann Görings Reichsluftfahrtministerium untergebracht. Dort arbeitete – bis zu seiner Verhaftung – Harro Schulze-Boysen, Mitglied der Widerstandorganisation „Rote Kapelle“. Boysen sowie zahlreiche weitere Mitglieder der Widerstandsgruppe wurden 1942 hingerichtet. Nach dem Ende des Krieges residierte zunächst die Sowjetische Militäradministration im Detlev-Rohwedder-Haus, am 7. Oktober 1949 wurde hier von der provisorisch zusammengetretenen Volkskammer die DDR-Verfassung in Kraft gesetzt. Danach diente es der DDR als

„Haus der Ministerien“, in dem die Fachministerien unterschiedlicher Wirtschaftszweige untergebracht waren. Aus diesem Grund wurde es auch am 16. Juni 1953 zum Schauplatz der beginnenden Proteste gegen die DDR-Führung: zahlreiche aufgebrauchte Demonstranten, zunächst vorwiegend Bauarbeiter, versammelten sich auf dem Vorplatz, um gegen erhöhte Arbeitsnormen zu protestieren. „Von hieraus haben die historischen Ereignisse ihren Lauf genommen“, so Schäuble. Die Aufständischen von damals seien „die moralischen und politischen Vorreiter des Herbstes 1989“ gewesen. Auch Klaus Wowereit zollte den Demonstranten vom 17. Juni 1953 seinen Respekt. Diese seien „gegen Diktatur und Unterdrückung, für Freiheit und Selbstbestimmung“ eingetreten, die nun erfolgte Benennung des Platzes ein „später Triumph über die SED-Diktatur“.

Klaus Gronau, der als 17-Jähriger selbst an den Demonstrationen beteiligt gewesen war, zeigte sich am Ende der offiziellen Ansprachen zutiefst gerührt: „Daß ich heute wie vor 60 Jahren zum 16. Juni 1953 hier stehen und stellvertretend für viele die Einweihung des Platzes des Volksaufstandes von 1953 vornehmen darf, erfüllt mich mit großer Freude und überwältigender Genugtuung. Ich wünsche mir ein weiteres friedliches Zusammenwachsen der Menschen in unserer Stadt, in

Deutschland und Europa! Es lebe Berlin, es lebe die Freiheit!“

Lange hat es gedauert, bis die Forderung von Zeitzeugen des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 nach der Benennung des Platzes an der Leipziger/Ecke Wilhelmstraße endlich umgesetzt worden ist. Dabei hatten sowohl der Regierende Bürgermeister als auch das Finanzministerium ihre Zustimmung zu diesem Vorhaben signalisiert. Nach langwieriger Diskussion mit der zuständigen Bezirksverwaltung Berlin-Mitte gelang es dann schließlich doch, pünktlich zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes die Namensgebung offiziell zu machen. Allerdings sieht Klaus Gronau auch in anderen Bereichen noch Handlungsbedarf. So sei es z.B. dringend notwendig, den 17. Juni wieder sichtbar in allen Kalendern als Gedenktag zu markieren. Zudem wünsche er sich eine weitere Stele mit den Namen aller Toten des Volksaufstandes von 1953.

Melanie Dore



Am 16. Juni 2013 vor dem Finanzministerium: Unübersehbar der neue Name.

„...dann treffen wir uns auf der Wartburg!“

Das nahmen wir uns 1953 im „Gelben Elend“ auf West V/45 vor, in der Kirchenchorzelle. „Wenn dann alles vorbei ist“, so lautete der fehlende Satzteil, als „Bertla“, einer unserer väterlichen „Sangesbrüder“, diese damals so fern erscheinende Verabredung traf. Uns 48 Männern zwischen 20 und 60 Jahren erschien sie damals wie eine kaum vorstellbare Vision. „Vorbei“ war 1957 zwar die Haft für die Letzten von uns, und für die bald danach in der Bundesrepublik Angekommenen auch schon viel mehr, aber eigentlich doch nicht

„alles“. Immerhin – hier waren sie frei und meistens anerkannt, ja respektiert als Opfer stalinistischer Willkürjustiz. Aber wir hatten mehr im Sinn damals in Bautzen. Wir erhofften ein geeintes Land, die Wartburg als Symbol dafür, wir träumten uns als freie Bürger in ganz Deutschland ohne den Makel ehemaliger Strafgefangener.

Diejenigen von uns, die später in der DDR lebten, blieben immer noch eingesperrt, nur in einem größeren Gefängnis, sie mußten neben beruflichen Behinderungen

weiterhin die gesellschaftliche Ächtung als Feinde des Sozialismus ertragen. Für sie war keineswegs also schon „alles vorbei“. Das geschah erst mit dem Ende der DDR, zu dem auch Mitglieder unseres Bautzener Kirchenchores beitrugen, z.B. Pfarrer Erich Kranz, deshalb Ehrenbürger von Weimar. Nun konnten endlich alle Chormitglieder auch an den gemeinsamen Treffen teilnehmen.

Mittlerweile kamen wir 32 Mal zusammen, zunächst in Westdeutschland an



Foto: Joachim Berndt

Der Bautzener Kirchenchor mit Angehörigen 2013.

wechselnden Orten, 1994 erstmals in Ostdeutschland. Hier, wo für uns „alles“ begann – in der Bautzener Anstaltskirche – dankten wir Gott, daß er uns bewahrte und uns hier, wo wir einst zutiefst gedemütigt wurden, jetzt zusammen mit den Ehefrauen frei und erhobenen Hauptes singen ließ.

Die fast vergessene Verabredung von 1953 erfüllte sich 2007. Wir trafen uns in Eisenach am Fuß der Wartburg und besuchten jetzt gemeinsam dieses Ziel unseres Häftlingsorakels. Hier schloß sich über mehr als fünf Jahrzehnte hinweg ein Kreis.

In diesem Jahr kamen vom 9. bis 13. Juni zehn Ehemalige und fast ebenso viele als Reisebegleiter oder -helfer mitgefahrenen

Frauen, Töchter, Söhne oder Enkel wieder im schon vertrauten „Haus Hainstein“ zusammen. Größere Ausflüge waren nicht geplant, dazu reicht es altersbedingt nicht mehr. Dafür lockten uns noch immer kleine Wanderungen im Umfeld der Burg, kürzere Spaziergänge hinab in die Stadt Eisenach mit ihren überregionalen Sehenswürdigkeiten um Luther und Bach, Wagner und Reuter, mit den Gedenkstätten zur Geschichte der Sozialdemokratie und der deutschen Einheit im 19. Jahrhundert.

In unserem Hotel besuchte uns die Sieger Kirchenhistorikerin Prof. Albrecht-Birkner, um uns über Pfarrer Hans-Joachim Mund, den Bautzener Anstaltsseelsorger der 1950er Jahre, zu befragen. Sie betreut die Doktorarbeit einer Studentin über diese für uns und die

Zeitgeschichte so wichtige Persönlichkeit. Ein Film soll die Dissertation öffentlichkeitswirksam ergänzen, deshalb dokumentierte ein Kameramann die Interviews mit der Kamera.

Wir sind als politisch Verfolgte aus unserer persönlichen Erfahrung heraus überzeugt davon, daß beiden Regimes bzw. Ideologien gemeinsam ist, daß sie verbrecherisch sind.

Wenn in den 1960er Jahren unsere Gemeinschaft von Treffen zu Treffen wuchs und dadurch einen familiären Charakter bekam – es fanden sich immer mehr Ehemalige ein, die dann ihre Frauen und bald immer häufiger Kinder mitbrachten – so zeigte sich jetzt, daß auch bei uns allmählich die Rollen vertauscht werden: Söhne und Enkel tragen nun wesentlich zum Gelingen unseres jährlichen Wiedersehens bei. So sind wir zuversichtlich, daß für uns auch 2014 am Fuße der Wartburg keineswegs „alles vorbei“ ist.

Ulrich Haase

Resolution

Beschlossen von der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Häftlinge und Opfer des Kommunismus, vertreten durch die 13 Opferverbände, auf ihrem 20. Kongreß vom 14. bis 18. Juni 2013 in Berlin

Die Herrschaft der nationalsozialistischen und kommunistischen Regime, in denen Demokratie und Humanismus nichts galten, haben in der jüngeren Geschichte unter den Völkern Mittel- und Osteuropas viele Opfer gefordert.

In Vertretung aller Opfer des Kommunismus der nachfolgend aufgeführten Länder wenden wir uns an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) mit der Forderung, daß kommunistische Ideologie ebenso wie die nationalsozialistische als verbrecherisch verurteilt wird, um eine Wiederholung dieser Schrecken zu verhindern. Beide totalitäre Systeme haben unter Berufung auf eine verbrecherische Ideologie unschuldige Menschen umgebracht und vernichtet.

Die Mitgliedsverbände der Internationalen Assoziation aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Moldawien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

Kerzen für den Volksaufstand



Foto: BSV LV Sachsen

Mit 60 Kerzen hat der Bund der stalinistisch Verfolgten LV Sachsen am 17. Juni 2013 in Leipzig des 60. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR gedacht. Am Panzerspuren-Denkmal im Zentrum der Stadt erinnerte er an die blutige Niederschlagung der Protestbewegung durch russische Panzer.

Ein besonderes Erlebnis stellte ein umfangreiches Orgelkonzert dar, von zwei Kindern eines Chormitgliedes in der stilvollen Kapelle von „Haus Hainstein“ professionell dargeboten. Wie alle Jahre beschlossen wir die drei bewegenden Wiedersehenstage

Verweigerter Anerkennung

(st) Welche Bedeutung die politische und gesellschaftliche Anerkennung von erlittenem Unrecht für die Betroffenen hat und welche Folgen aus der Verweigerung der Anerkennung resultieren, war Thema einer Diskussionsveranstaltung am 6. Juni in der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Der Philosoph Dr. Arnd Pollmann erläuterte in einem Vortrag die sozialphilosophische Gesellschaftstheorie von Axel Honneth, nach der die Gesellschaft ein weitverzweigtes Netz gescheiterter Anerkennungsbeziehungen ist, das auf Seiten der nicht Anerkannten erhebliche Frustrationen schafft. Pollmann wandte anschließend diese Theorie auf die Opfer der SED-Diktatur an und verknüpfte sie mit der Frage nach den Menschenrechten. Er stellte die These auf, daß zu DDR-Zeiten verursachtes und danach nur unzureichend kompensiertes Unrecht ein doppeltes, teilweise potenziertes Anerkennungsproblem darstelle. Als politisch dringliches Anerkennungsproblem werde es aber erst ins öffentliche Bewußtsein treten, wenn man es als eindeutig menschenrechtliches Problem verstehe und

rekonstruiere. Die Menschenrechtsidee bringe drei Staatspflichten mit sich: 1. aktive und direkte Menschenrechtsverletzungen zu unterlassen, 2. zu verhindern, daß sich Privatpersonen wechselseitig Schaden zufügen, 3. Menschen, die unfreiwillig in Not geraten sind, durch angemessene Unterstützung in die Lage zu versetzen, sich wieder daraus zu befreien. Die Verletzung dieser Pflichten werde von den Betroffenen als „fundamentale Ohnmacht“ empfunden. Im Hinblick auf DDR-Unrecht mit den Menschenrechten zu argumentieren sei hilfreich, weil erst der Hinweis darauf deutlich mache, warum die Opfer politisch und rechtlich zu rehabilitieren seien: Sie hätten zwar gegen DDR-Strafrecht verstoßen, doch das Strafrecht verstieß gegen die Menschenrechte, so bei der Meinungsfreiheit, der Ausreise usw. Erst der Bezug auf die Menschenrechte versehe die noch unerfüllten Wiedergutmachungsansprüche mit justitiericher Reichweite. Nach den Menschenrechtsverletzungen durch die Funktionsträger der DDR komme nun ein folgenreicher Anerkennungsverlust in der Bundesrepublik hinzu. Dieser Verlust

werde von Betroffenen häufig als eine Art Verrat erlebt. Pollmann sprach sich für die Einsicht in die menschenrechtliche Relevanz des einstigen Terrors und der ungenügenden Kompensation aus. Bei der menschenrechtlichen Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden sei darauf zu dringen, daß eine zukünftige Rechtslage auch die Zersetzung berücksichtige.

In einem zweiten Beitrag erörterte Prof. Dr. Jörg Frommer, Direktor der Universitätsklinik für psychosomatische Medizin und Psychotherapie Magdeburg, wie seine „Fachdisziplin den staatlichen Institutionen behilflich ist, erneut Anerkennung zu verweigern“.

Nachzuhören sind beide Vorträge auf <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/veranstaltungsnachlese-2013-3988.html?id=2043>, wer mit dem Programm iTunes arbeitet bzw. Apple-Geräte benutzt, kann die Mitschnitte ab sofort kostenlos speichern: <https://itunes.apple.com/de/podcast/geschichte-n-horen/id657777608?mt=2&ign-mpt=uo%3D4>

Neue Diagnosekriterien

(st) Das UOKG-Verbandtreffen am 6. und 7. Juli in Berlin hatte zum Thema die gesundheitlichen Folgen politischer Repression. Zunächst erläuterte Rechtsanwältin Thomas Lerche die neuen Diagnosekriterien zur posttraumatischen Belastungsstörung DSM-V, die seit Juni dieses Jahres in Kraft getreten sind. Da sie jedoch noch nicht umgesetzt seien, müsse man davon ausgehen, daß vorerst die alten Kriterien von 1996 angewandt werden. Jedoch könne man rechtlich bereits mit ihnen argumentieren. Im DSM-V seien z.B. unspezifische Symptome weggefallen, andere als alternative Varianten angegeben, neue Krankheiten wurden aufgenommen. Lerche betonte, daß durch einen Beschluß von 2008 unspezifische Symptome aller zwei Jahre nachgeprüft würden. Deshalb sei es wichtig, in den Gutachten chronische Beschwerden auch als solche auszuweisen.

Vorstandsmitglied Michael Schulz wies darauf hin, daß am 4. September die Einweihung der ersten Gedenkstätte für Grenzopfer in Mecklenburg-Vorpommern erfolgt. In diesem Zusammenhang berichtete Prof. Dr. Stefan Appellius von seiner Erforschung der Biographie des

an der Grenze durch eine Selbstschußanlage umgekommenen Harry Weltzin. In seinem Fall hatte das MfS erfolgreich in Umlauf setzen können, daß er Selbstmord begangen habe. Erst durch Appellius' Forschung sei in Weltzins Heimatstadt Wismar die Wahrheit ans Licht gekommen.

Im Bericht des Vorstandes faßte UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner Erreichtes und noch zu lösende Aufgaben zusammen. Erreicht seien u.a. die Entwicklung der Aufarbeitung von DDR-Zwangsarbeit, die Aufnahme des Themas Mahnmal in den Bundestag, die Benennung des Platzes vor dem Finanzministerium in „Platz des Volksaufstandes von 1953“, eine wachsende Beachtung der UOKG in den Medien und auch die neue Wanderausstellung der UOKG stehe vor der Fertigstellung. Noch anstehende Aufgaben seien u.a. die Weiterentwicklung der Reha-Gesetze, die Durchsetzung von Vererbbarkeit der Opferrente, ihre Erhöhung und Anpassung an die Rentenentwicklung, bessere Anerkennung von Haftfolgeschäden und die institutionelle Förderung des Dachverbandes. Auf Beschluß des UOKG-Vorstandes bekam Rainer Wagner die goldene Ehrennadel überreicht.

Dr. Christian Sachse, der das Projekt zur Erforschung der Zwangsarbeit leitet, gab einen kurzen Zwischenbericht zum Stand der Forschung. Es zeichne sich ab, daß man von einem „System der Zwangsarbeit“ sprechen könne.

Abschließend referierte der Psychotherapeut und Liedermacher Dr. Karl-Heinz Bomberg über Folgeprobleme von Traumatisierung durch politische Verfolgung in der SBZ/DDR und stellte fest, daß zum Therapieerfolg auch Rehabilitation u.ä. gehöre. Zum Ausklang trug er Aphorismen und Lieder vor, die nicht nur mit viel Beifall aufgenommen wurden, sondern auch eine leicht therapeutische Wirkung entfalteten.

Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

IG Lager Mühlberg

(iglm) Die Initiativegruppe Lager Mühlberg e.V. lädt herzlich ein zum XXIII. Mahn- und Gedenktreffen am **6. und 7. September 2013** in Mühlberg/Neuburxdorf.

Programm

Freitag, 6. September

17.00 Uhr

Eröffnung im Rathaussaal der Stadt Mühlberg/Elbe

17.15 Uhr

Vortrag von Dr. Erhart Neubert zum Thema „Der 17. Juni 1953 und seine Folgen“

19.00 Uhr

gemeinsames Abendessen

Sonnabend, 7. September

9.30 Uhr

Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof in Neuburxdorf

10.30 Uhr

Ökumenischer Gottesdienst im Zelt am Lagergelände; Predigt: Regionalbischof Propst Dr. Johann Schneider; Musik: Gospelchor Bad Liebenwerda

11.30 Uhr

Gedenkveranstaltung am Hochkreuz; Gedenkrede: Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur; Musik: Blechbläserquartett Jürgen Hartmann

Anschließend ist Zeit für Gespräche und zur Begegnung im Zelt. Hier können zum Preis von 5,- € Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen eingenommen werden.

Im Rathaussaal ist am 6. September von 16.30 bis 21.00 Uhr eine Ausstellung der Gedenkstätte Buchenwald zum Thema „Lagerkeramik“ zu sehen.

Wegen Rekonstruktionsmaßnahmen ist das Museum in Mühlberg bis Frühjahr 2014 geschlossen.

Sollten Teilnehmer auf einen Bustransfer angewiesen sein, werden diese gebeten, sich rechtzeitig, bis spätestens 20. August, in der Geschäftsstelle anzumelden.

IG Internierungslager Jamlitz

Am Sonnabend, dem **14. September 2013**, 14.00 Uhr, führt die Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz e.V. auf dem Waldfriedhof ihre 24. Gedenkveranstaltung für die Toten des sowjetischen Speziallagers Nr. 6 Jamlitz durch.

Die Gedenkrede an den Gräbern des Waldfriedhofs wird in diesem Jahr die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur

Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, halten.

Die Initiativegruppe sieht es als ihre wichtigste Aufgabe an, daß der mehr als 3400 Todesopfer und derer, die im sowjetischen Internierungslager Nr. 6 Frankfurt/Oder-Jamlitz von Mai 1945 bis April 1947 gelitten haben, in würdiger Form gedacht wird. Unsere alljährlich am zweiten Sonnabend im September durchgeführten Gedenkveranstaltungen, die wir seit der geschichtlichen Wende im Jahr 1990 organisieren, bestärken uns in unserer Arbeit. An ihnen nehmen ehemalige Internierte mit ihren Familien sowie viele Angehörige von Opfern und eine zunehmende Zahl von interessierten Bürgern teil.

Vor der Feierstunde auf dem Waldfriedhof in Jamlitz findet um 11.00 Uhr in der Evangelischen Landkirche zu Lieberose ein Gedenkgottesdienst für die Opfer des Speziallagers Jamlitz statt, der in diesem Jahr von Pfarrer Kurt Malk aus Peitz gehalten wird.

Günther Kossatz
Vorsitzender

IG Buchenwald 1945–1950

Am **21. und 23. September 2013** findet das 23. Buchenwaldtreffen der Initiativegruppe Buchenwald 1945–1950 e.V. statt.

Vorläufiges Programm

Sonnabend, 21. September

Gedenktreffen

9.30 Uhr

Abfahrt eines Busses ab Bahnhof Weimar nach Buchenwald

10.00 Uhr

Festansprache auf dem Gedenkplatz

10.30 Uhr

Grußworte der Ehrengäste

11.15 Uhr

Andacht mit ökumenischem Gottesdienst am Gedenkplatz

11.45–13.00 Uhr

Besuch der Ausstellung und Mittagspause

13.00 Uhr

Gedankenaustausch

Für alle Besucher, die mit der Bahn kommen oder über kein Auto verfügen, fährt wie jedes Jahr ein Sonderbus vom Bahnhof Buchenwald und zurück. Zwischen Parkplatz und Gedenkplatz wird ein Shuttleverkehr eingerichtet.

Montag, 23. September

Workshop mit Zeitzeugen und Schülern

9.15 Uhr

Film zum Speziallager

10.00 Uhr

Begrüßung und Erläuterungen

10.15 Uhr

Einführungsvortrag von Dr. Julia Landau, Kuratorin Speziallager

10.30 Uhr

Erste parallele Gesprächsrunde mit Zeitzeugen

12.00–13.00 Uhr

Mittagessen

13.15 Uhr

Zweite parallele Gesprächsrunde mit Zeitzeugen

14.30 Uhr

Offizielle Abschlußrunde

Danach ist bis 16.00 Uhr der Besuch der Ausstellung zum Speziallager Buchenwald möglich. Abfahrten Linienbus nach Weimar: 15.26 Uhr, 16.26 Uhr

Anmeldungen für den Workshop, auch von Schülern aus anderen Bundesländern, bitte an die Gedenkstätte Buchenwald, Dr. Julia Landau, 99425 Weimar-Buchenwald senden.

„Der Osten im Westen – Aufarbeitung der gesamtdeutschen Vergangenheit“

(kn) Eine Tagung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport in Kooperation mit dem Niedersächsischen Netzwerk für SED- und Stasiopfer am Mittwoch, dem **21. August 2013**, 16.00 Uhr.

Ort: Restaurant im Leineschloß, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Das Land Niedersachsen mißt der Aufarbeitung des in der DDR geschehenen Unrechts eine hohe gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu und lädt herzlich zu dieser Veranstaltung ein. Untersucht wird die Frage, ob sich fast 25 Jahre nach dem Fall der Mauer die Erwartungen hinsichtlich einer umfassenden Aufarbeitung des DDR-Unrechts erfüllt haben. Gibt es ein „zu viel“ an Aufarbeitung? Gibt es eine Zukunft der Aufarbeitung oder wird es Zeit, einen Schlußstrich zu ziehen?

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, wird hierzu Stellung nehmen und für eine Diskussion zur Verfügung stehen. Seine Behörde hat einen weltweiten Vorbildcharakter bei der Aufarbeitung totalitärer Systeme und ver-

steht sich heute besonders als ein Lernort für Demokratie.

Informationen über die Arbeit der DDR-Staatsicherheit wird ein Vortrag von Prof. Dr. Till Kössler von der Ruhr-Universität Bochum geben. An der anschließenden Podiumsdiskussion wird auch Dr. Ulrich Mählert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur teilnehmen.

Programm

16.00 Uhr

Empfang, Stehcafé

16.30 Uhr

Begrüßung, Stephan Manke, Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Hartmut Büttner, Bundestagsabgeordneter a.D. und Sprecher des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer

17.00 Uhr

Einführungsvortrag, Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen

17.15 Uhr

Vortrag „Die Westarbeit der SED“, Prof. Dr. Till Kössler, Ruhr-Universität Bochum

17.45 Uhr

Podiumsdiskussion mit Roland Jahn, Dr. Ulrich Mählert (Bundesstiftung Aufarbeitung), Prof. Dr. Till Kössler, Gernot Preuß, Niedersächsisches Netzwerk für SED- und Stasiopfer, Moderation: Dr. Marc-Dietrich Ohse

Eine verbindliche Anmeldung ist bis zum 10. August 2013 erforderlich, Nds. Ministerium für Inneres und Sport, Referat 63, Postfach 221, 30002 Hannover, E-Mail mi-referat63@mi.niedersachsen.de, Fax (05 11) 120 99 47 68; anzugeben sind Name, Vorname und Adresse sowie Telefon und/oder E-Mail-Adresse.

Suchanzeigen

Wer erinnert sich an Moritz Luther?

Zwecks Erstellung einer Biographie bin ich auf der Suche nach Zeitzeugen oder Informationen jeglicher Art über den Sozialdemokraten Moritz Luther. Er wurde am 21. Mai 1894 in Kloster Allendorf (Bad Salzungen), Thüringen, mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren und verstarb am 15. März 1962 in Saalfeld. Sein letzter Wohnort: Saalfeld, Felsenkellerstraße 5.

Vor dem Krieg war er, bis zum Verbot durch die Nazis, Geschäftsführer des „Saalfelder Volksblatts“. Anstelle des „Volksblattes“ erielt er unter der Firmenbezeichnung Luther & Co., Rosmaringasse, die Erlaubnis der Herausgabe der unter Zensur stehenden Zeitung „Neue Presse“.

Luther wurde am 31. August 1949 vom Sowjetischen Militärtribunal Thüringen nach Paragraph 58-4, 58-6/1, 58-10/2 und 58-11 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik wegen Spionage für das Ostbüro der SPD zu 25 Jahren Arbeitslager/Haft verurteilt und nach einer Strafherabsetzung auf zwölf Jahre im Zuge der Entstalinisierung und der Entlassung fast aller SMT-Verurteilten am 1. Juni 1956 entlassen.

Ich suche Informationen über seine Zeit vor dem Krieg, im Krieg, nach dem Krieg, seinen Haftaufenthalt und die Zeit nach seiner Haft in Bautzen und Torgau.

Ich bin für jeden Hinweis dankbar.

Uwe Rozema, Jahnstr. 12, 26725 Emden, Tel. (049 21) 228 35, E-Mail u.rozema@onlinehome.de

Gefängnispfarrer

Für ein Forschungsprojekt suchen wir ehemalige politische Häftlinge aus der DDR, die in den Haftanstalten Gottesdienste besucht haben und uns die Namen der jeweiligen Pfarrer nennen können. Die Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt. (Pfarrer Giebler ist uns bereits bekannt.) Zuschriften bitte an die Redaktion „der stacheldraht“, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Sammlung von Presseartikeln zu verkaufen

Umstände halber muß ich meine Archivbestände reduzieren, wodurch eine Sammlung von Presseveröffentlichungen verfügbar wird. Dies könnte für Archive oder Bildungsstätten von Interesse sein.

Es handelt sich um etwa 450 dicke Leitzordner der Größe A4 mit Artikeln zu den Themen Deutsche Teilungspolitik und Geheimdienstgeschichte mit dem Schwerpunkt auf dem Thema „DDR“. Für die Zeit von 1950 bis 1989 beträgt der Umfang etwa einen Ordner pro Jahr, ab Mitte 1989 pro Monat meist zwei Ordner. Die Artikel entstammen deutschsprachiger Presse und sind grob chronologisch geordnet. Der Preis ist Verhandlungsbasis. Bei Interesse: E-Mail lippmann@stasimuseum.de

Bernd Lippmann

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Leserbrief

Dienstausweis

Zum Beitrag „Das System wirkte fort“, Ausgabe 4/2013, S. 8

Zu dem Beitrag von Gerald Wiemers möchte ich eine kleine Ergänzung liefern. Dort ist auf Seite 9 ein Ausweis von Hans-Gerd Kirsche aus seiner Wismut-Zeit abgebildet. In der Bildunterschrift heißt es: „Betriebsausweis“. Das ist m.E. nicht ganz richtig, denn es handelt sich um einen „Dienstausweis“.

Der normale Betriebsausweis der Wismut war eine bierdeckelgroße Karte (etwa 9 x 9 cm) aus gleichem Karton wie der Dienstausweis, aber eben kein Klappausweis wie der abgebildete. Dieser Dienstausweis wurde beim Betreten des Schachtes nicht beim Posten abgegeben, sondern nur vorgezeigt, im Gegensatz zum Betriebsausweis.

Den Dienstausweis der Wismut erhielten leitende Angestellte des Schachtes. Er erlaubte das Betreten des Schachtgeländes zu jeder Ta-

ges- und Nachtzeit und wurde personengebunden ausgegeben an Obersteiger, Schicht- und Reviersteiger, Förderscheider, Obermarkscheider, Ober- bzw. Reviernormierer. Die Geologen waren ohnehin stets Russen. Ich selbst besitze noch diesen Dienstausweis, allerdings mit einem zusätzlichen weißen Einlageblatt mit einem roten Schrägstrich wie auf dem Klappausweis. Der Stempelaufdruck „BES OTWORA“ bedeutet „Ohne Kontrolle“. Aus Hans-Gerd Kirsches Dienstausweis geht außerdem hervor, daß er im Objekt Nr. 1 auf dem Schacht 147 beschäftigt war. Die Objektleitung Objekt 1 war möglicherweise in Schlema angesiedelt und ihre Schächte bis Schneeberg und Aue verbreitet.

Ich selbst war 1949 bis 1951 bei der Wismut, Objekt 8 (mit Sitz in Breitenbrunn) im Schacht 235 „Weißer Hirsch“ zuletzt als Reviernormierer tätig.

Heinz Vogel, Chemnitz

Der Freiheit beraubt



.....
 Helga Scharp: *Der Freiheit beraubt. Eine deutsche Familie in der Sowjetunion*, Anthea-Verlag (www.anthea-verlag.de), 658 S., 19,90 €, Sonderpreis für die Leser des „Stacheldrahts“ bis zum 1.11.2013: 17,- € (incl. Porto), Bestellung über Anthea-Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16, Fax (030) 99 40 18 88, E-Mail info@anthea-verlag.de

(VT) Das deutsche Wolga-Gebiet in Rußland, später auch „Deutsches Mustergebiet“ genannt, wurde im 18. Jahrhundert von der Zarin Katharina die Große gegründet, die aus einem Herzogtum in Deutschland stammte. Diese Neusiedler vor 250 Jahren waren vor allem als Handwerker be-

schäftigt. Und Bauern bekamen so viel Land, wie sie selber bearbeiten konnte.

In diesem Buch wird das Leben auf dem Land in der Sowjetunion in allen Facetten dargestellt, aber auch von den schrecklichen Erlebnissen nach der bolschewistischen Revolution von 1917 geschrieben, die letztendlich zur Deportation der Deutschen im Zweiten Weltkrieg und später zur Ausreise in die Heimat ihrer Vorväter, nach Deutschland, führen sollten.

Diese Menschen waren einst glücklich in ihrer neuen Heimat. Sie hatten viel Land und Vieh, bauten sich schöne Häuser, legten große Obstgärten an. Doch dann überschlugen sich die Ereignisse!

Diese Geschichte basiert auf Erinnerungen von Familienangehörigen und ehemaligen Bewohnern des Dorfes Neulaub, die zwei Weltkriege überlebt haben.

Unter drei Diktaturen

(VT) Susanne Baumbach, 1934 in Berlin geboren, ist die Tochter eines Kaufmanns und einer Buchhändlerin sowie die Älteste von sechs Geschwistern. Ab dem 14. Lebensjahr für sich selbst verantwortlich, arbeitete sie zunächst als Land- und Hilfsarbeiterin, später dann als Facharbeiterin und Industriemeisterin. Sie lebt heute in

Berlin, ist verwitwet und hat zwei erwachsene Kinder.

Im Mai 2009 erschien ihr erster Roman „Das wunderbare Land hinter dem Eis“. Die Autorin ruft mit diesem autobiographisch geprägten Buch längst Vergangenes zurück in unsere Gegenwart. Sie möchte, daß die

Erinnerung daran wach bleibt, wie in früherer Zeit gelebt wurde – oder zwangsläufig gelebt werden mußte. Die Hauptperson im Buch kann es selbst kaum glauben, daß sie Bürgerin dreier Regime war. Ihre Kindheit erlebte sie im Deutschen Reich, nach 1945 war sie Schülerin in der sowjetisch besetzten Zone und in der DDR erlernte sie ihren späteren Beruf. Als ihre Eltern in den dreißiger Jahren heirateten, gehörten sie dem Mittelstand an. Aus dessen Sicht stammen auch die Auffassungen über Kindererziehung, die sich grundlegend unterschieden von den heutigen. Die verbreitete Meinung war: „Ein Sohn hat einmal eine Familie zu ernähren und ein Mädchen heiratet ohnehin!“ Folglich sollte eine Tochter auf eine mögliche Ehe vorbereitet und einem Sohn die optimale Ausbildung garantiert werden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand ihre Mutter ohne Ehemann da, mittellos, mit fünf Kindern und mußte sich allen daraus ergebenden Herausforderungen im Berlin der Nachkriegszeit stellen. Und es ging jetzt vor allem um eines: Die Erlangung der Selbständigkeit im Privaten wie auch in der beruflichen Orientierung – und damit der Beginn eines neuen Lebens.



.....
 Susanne Baumbach: *Kindheit und Jugend in drei Diktaturen*, OEZ Berlin-Verlag (www.oezb-verlag.de), 16,90 €, Bestellung über OEZ Berlin-Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16, Fax (030) 99 40 18 88, E-Mail verlag@osteuropa-zentrum.de

Veranstaltungen

6.8. (Di), 19.00 Uhr:

Sibirien – Glück gehabt, trotzdem. Der Gulag-Überlebende Werner Höpfner berichtet. Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

7.8. (Mi), 18.00 Uhr:

Werkstattbericht **„Das Gefängnis Leistikowstraße im Jahr 1953 – Neue Erkenntnisse und offene Fragen“** mit Dr. Ines Reich, Leiterin der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

7.8. (Mi), 19.00 Uhr:

Vom 17. Juni zum Mauerbau. Vortrag mit Prof. Dr. Manfred Wilke, Soziologe, Berlin, Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Stefan Karner, Historiker, Graz, Dr. Michael Kubina, Historiker, Berlin, Prof. Dr. Michael Lemke, Historiker, Berlin, Prof. Dr. Manfred Wilke; Veranstaltung d. LStU Berlin u.a.; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

12.8. (Mo), 18.00 Uhr:

Was wußte der Westen? Umgang mit DDR-Unrecht in der Bundesrepublik vor 1989. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

13.8. (Di), 10.30 Uhr:

Sonderveranstaltung zum 52. Jahrestag des Mauerbaus. Andacht und Kranzniederlegung; Veranstaltung der Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Kapelle der Versöhnung u. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße, Berlin-Wedding

13.8. (Di), 17.00 Uhr:

MauerVerlauf der Fördergemeinschaft Lindenstraße. Ort: Treffpunkt Glienicker Brücke

20.8. (Di), 19.00 Uhr:

„gegen den Strom“. Ausstellungseröffnung mit Siegmund Faust, DDR-Oppositioneller, u. Ralph Grüneberger, Kurator; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

25.8. (So), 10.00–17.00 Uhr:

Entdeckungen. **Das Schweriner Theater im Blick der Stasi.** Tag der offenen Tür; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin; Ort: Außenstelle Schwerin, 19065 Görslow (bei Schwerin)

27.8. (Di), 16.00 Uhr:

Geschichte lesen. Archivführung und Lesung; 17.00 Uhr: Lesung aus den geheimen Lageberichten des MfS an die Suhler SED-Bezirksleitung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl



28.8. (Mi), 16.00 Uhr:

Jour fixe. Führung, Büchertisch und Gespräche. Veranstaltung der Vereine Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V. u. Memorial Deutschland e.V.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

28.8. (Mi), 18.00 Uhr:

Todfeinde oder Komplizen? Der Hitler-Stalin-Pakt und die Folgen (1939–1941). Vortrag u. Diskussion mit Dr. Richard Buchner, Vorsitzender des Vereins Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e. V., u. Dr. Jörg Morré, Direktor d. Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst; Veranstaltung der Vereine Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V. u. Memorial Deutschland e.V.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

29.8. (Do), 19.30 Uhr:

„Der Tag, an dem uns Vater erzählte, daß er ein DDR-Spion sei“. Lesung u. Gespräch mit Thomas Raufeisen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus, Amthordurchgang 9, 07545 Gera

2.9. (Mo), 18.00 Uhr:

Rassismus und Anti-Pluralismus im geteilten und vereinigten Deutschland. Vortrag v. Dr. Harry Waibel, Autor, anschließend Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

3.9. (Di), 18.00 Uhr:

Filmgeschichte als Zeitgeschichte. Einführender Vortrag zur Ausstellung „Freiheit und Zensur“ sowie Diskussion mit Kurator Dr. Claus Löser, anschließend Filmvorführung „Die Architekten“ (DDR 1990); Veranstaltung d. Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße; Ort: Gedenk- und Bildungsstätte, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt

Vorschau

4.9. (Mi):

Gedenkfeier für Harry Weltzin, durch Splittermorden getötet am 4. September 1983 bei Kneese, Nähe Grenzsäule 146; bereits am 31.8. (Sa), ab mittags in Kneese Film u. Musik; Veranstaltungen d. Initiative Martin Luther King Show.de u.a.; Ort: 19025 Kneese; die Uhrzeit war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

MfS-Untersuchungshaft

(VT) Welche Bedeutung hatten die geheimpolizeilichen Gefängnisse in der DDR der Ära Honecker? Die Historikerin Katrin Passens untersucht in ihrer politikgeschichtlichen Analyse der MfS-Untersuchungshaft die Entwicklung und Veränderung dieses Repressionsinstruments. Im Mittelpunkt der Studie steht, wie die MfS-Untersuchungshaft der SED-Herrschaftssicherung diene und wie sich ihre Funktionen, etwa die Eindämmung der Flucht- und Ausreisebewegung oder die Informationsbeschaffung, veränderten.

Dabei wird deutlich, daß die Anwendung der MfS-Untersuchungshaft von außenpolitischen Entwicklungen, der innenpolitischen Situation und anderen Faktoren abhängig war.

Und schließlich zeigt die Autorin, wie die Wechselbeziehung zwischen Geheimpolizei und Oppositionellen eine eigene Dynamik entwickelte und wo das Repressionsinstrument an seine Grenze stieß.

Katrin Passens' auf breite Quellenkenntnis gestützte Arbeit leistet wichtige Grundlagenforschung zu einem bisher nur in Teilbereichen untersuchten zentralen Instrument politischer Verfolgung in der DDR.



.....
Katrin Passens: MfS-Untersuchungshaft. Funktionen und Entwicklungen von 1971 bis 1989, Lukas Verlag 2012, 345 S., 24,90 €

Richtigstellung

In der Buchbesprechung „Die Toten von Hoheneck“ (Ausg. 4/2013, S. 17) sind uns bedauerlicherweise sachliche Fehler unterlaufen.

Der „Republikflucht“-Paragraph ist nicht, wie angegeben, § 100, sondern § 213. Überdies ist diese Stelle fälschlich als Zitat der Autorin ausgewiesen.

Im zweiten Absatz ist angeführt, daß die „beste Freundin“ der Autorin sie verraten habe. Dies ist falsch, weil die Freundin gar nicht in den Fluchtplan eingeweiht war. Allerdings hat sie Spitzelberichte geliefert.

Ebenfalls stimmt nicht, daß die Autorin auf „14 von 20 Schwarzweißfotos“ zu sehen sei. Es sind nur zwölf von 20 Fotos, auf den 19 Faksimiles ist sie überhaupt nicht abgebildet.

Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo-Fr, 14-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH,
 in enger Zusammenarbeit mit der Berliner
 Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),
 Do 11-16 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39
 E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
 Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im August Geburtstag haben

Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Elisabeth Junge am 9. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Waldemar Moritz am 12. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Horst Schüler am 16. August, Holger Buge am 17. August, Erika Ryssel am 25. August, Günther Rudolph am 29. August
Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Manfred Böttrich, Almuth Braun, Dr. Karl-Heinrich Ebel, Hanne-Lore Enigk, Klaus Fischer, Kurt Göringer, Manfred Grämer, Alexander Grow, Dr. Rolf Haberland, Wilfried Härtel, Hermine Hecker, Konstanze Helber, Dietrich Jacobs, Dr. Hansjochen Kochheim, Annemarie Langguth, Reinhard Lehmann, Dr. Rainer Löhnert, Dr. Jürgen Miersch, Gisela Müller-Hellwig, Detlef Nahmmacher, Horst Opitz, Uwe Reinhardt, Werner Sasse, Ingeborg Schlünz, Anita Schmidt, Walter Schöbe, Renate u. Lothar Scholz, Roswitha Schulte-Karring, Peter Schulz, Ursula u. Udo Schulz, Norbert Sommer, Martin Taatz, Helmut u. Eva Tisch, Hans-Georg Wolf, Gisela Wollscheid
Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Bei dem Streit um die Wahrheit bleibt der Streit die einzige Wahrheit.

Rabindranath Tagore

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 9–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup
Sprechzeiten: Mo–Fr 16–18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. Juli 2013

